

Evangelische Verantwortung

Von Wuppertal nach Wittenberg Von der deutschen Einheit zum geeinten Europa

Peter Hintze

**In Wuppertal haben wir uns
Anfang des Jahres 1990 zu unserer
ersten Tagung mit Teilnehmern
aus der damaligen DDR
getroffen.**

**In Berlin haben wir im Frühjahr
1991 die erste gesamtdeutsche
Bundestagung durchgeführt.**

**In Wittenberg wollen wir im
September 1992 das 40jährige
Bestehen des EAK feiern.**

Zwischen Wuppertal und Wittenberg liegen aufregende und wunderbare Wochen und Monate, in denen wir den alten Traum der Deutschen von Einheit in Freiheit verwirklichen konnten. Ich erinnere mich gern an diese Zeit, die für mich nun als Bundesvorsitzender des EAK endet, da ich das Amt des Generalsekretärs der CDU übernommen habe.

Ich bin stolz und dankbar, daß ich in der Phase vor der deutschen Einheit und im Laufe des Einigungsprozesses unseren EAK führen konnte. Wir haben viel Positives mit und für den EAK erreicht.



Peter Hintze

Gerne denke ich an unsere Deutschlandforen. Im Juni 1990 trafen wir uns in Ost-Berlin und diskutierten mit Theologen, Politikern und Vertretern der Bürgergruppen, die die friedliche Revolution mitgetragen hatten.

„Gerechtigkeit für ein Volk“ war unser Thema, das noch heute wesentliche Zielsetzung unserer politischen Arbeit ist.

Im Mai 1992 setzten wir uns in Frankfurt mit dem Thema „Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde“ auseinander.

Unsere Diskussionen waren immer lebhaft und kontrovers. Für mich zeigt sich darin die große Bereitschaft vieler

Menschen, sich intensiv und engagiert auch mit komplexen Fragestellungen auseinanderzusetzen.

Dialogfähig bleiben

Dialogfähigkeit muß die Arbeit des EAK prägen. Ein weiterer Beleg dafür waren die Bonner Theologischen Gespräche in diesem Jahr. Mit Prof. Hans Küng und Prof. Gerhard Besier hatten wir prominente und streibare Gäste.

Nicht unumstritten war ein Thema, zu dem der EAK eine Reihe in den fünf neuen Bundesländern durchgeführt hat. Über das Thema „Perspektiven christlicher Erziehung“ diskutierten nicht nur Vertreter aus Politik und Kirche, sondern auch die „betroffenen“ Lehrer, Schüler und Eltern.

Sehr schnell kristallisierte sich die Zukunft des Religionsunterrichtes als thematischer Schwerpunkt heraus.

Mit diesen gut besuchten Veranstaltungen wollten wir gerade unsere neuen Landesverbände zu eigener Initiative ermutigen.

In diesem Bereich bleibt viel zu tun. Hier würde ich mir ein wenig mehr partnerschaftliche Hilfe zwischen EAK-West und Ost wünschen.

Ich hoffe, daß es auf der 33. Bundestagung in Wittenberg zu vielen hilfreichen Begegnungen kommt.

Die Einheit Deutschlands war die große politische Vision der letzten 40 Jahre. Wir sind dabei, sie zu vollenden. Das geeinte Europa muß unser nächstes Ziel sein. Daher wollen wir in der Lutherstadt über das Thema „Als Christen auf dem Weg in das geeinte Europa“ sprechen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie dabei sind.

Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde

Dr. Wolfgang Schäuble

Nach Schätzungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sind heute weltweit ca. 15 bis 20 Millionen Menschen auf der Flucht. Noch sehr viel höher liegt die Zahl der Menschen, die beabsichtigen, ihre angestammte Heimat freiwillig zu verlassen, um in andere Regionen abzuwandern. Das internationale Komitee des Roten Kreuzes schätzt ihre Zahl auf bis zu einer halben Milliarde Menschen. Der Club of Rome hat im Hinblick auf diese Wanderungsbewegungen im vergangenen Jahr zu Recht davon gesprochen, daß sich hierin eines der größten Gefährdungspotentiale für den Weltfrieden verbirgt.

Es ist leicht zu erklären, warum so viele Menschen im Osten Europas, mehr noch in den Ländern der Dritten Welt, bildlich gesprochen auf gepackten Koffern sitzen. Es sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich, wirtschaftlich gesehen, sozial gesehen, aber auch was die politische Stabilität in diesen Ländern anlangt. Diese Unterschiede zwischen Arm und Reich sind auf unserer Erde dramatisch groß, und sie werden eher größer als kleiner.

Verantwortung immer unteilbar

Alle diese ungeheuren Unterschiede, was Lebensmöglichkeiten und Zukunftschancen anbelangt, spitzen sich dramatisch zu in einer Zeit, in der Grenzen die Menschen kaum mehr aufhalten. So ist es nicht verwunderlich, daß sich viele Menschen aus den armen Teilen dieser Welt auf den Weg machen, um irgendwo anders eine bessere Chance für sich und für ihre Kinder und Nachkommen zu suchen. Was die Länder der Dritten Welt anbetrifft, so sind deren Probleme zumal für uns hier in Deutschland immer noch relativ weit entfernt. Aber auch in Afrika oder Asien wissen die Menschen heute, daß man in anderen Regionen dieser Erde ganz anders leben kann, und die modernen Verkehrsmittel bieten ihnen zunehmend eine Möglichkeit, wie man auch dorthin gelangen kann.

Alles dies führt dazu, daß die Probleme dieser einen Welt, dieser einen Erde immer weniger teilbar werden. Und es führt dazu, daß wir uns vor diesen Problemen immer weniger durch Grenzen abschotten können. Wenn die Probleme dieser einen Erde aber immer weniger teilbar und immer weniger ausgrenzbar werden, dann wird in dieser Entwicklung auch sichtbar, daß unsere Verantwortung für



Dr. Wolfgang Schäuble: Den Flüchtlingen vor Ort helfen.

diesen einen Globus ebenso immer unteilbarer wird.

Weil die Probleme dieser einen Erde immer weniger teilbar sind, werden auch die Verteilungskämpfe zwischen Arm und Reich auf dieser Erde immer härter werden. Die Wanderungsbewegungen, die wir heute millionenfach registrieren, sind ja letztlich Ausdruck oder Vorläufer solcher Verteilungskämpfe. Wenn wir uns hier in Deutschland wie in Europa eine friedliche Zukunft bewahren wollen, müssen wir alles daran setzen, diese dramatisch zunehmenden weltweiten Verteilungskämpfe zu entschärfen, so gut wir können, und ehe es zu spät ist. Der Club of Rome hat zu Recht davor gewarnt, daß Wanderungsbewegungen in einem derart großen Ausmaß, wie wir sie heute registrieren, eine Gefahr für das friedliche Zusammenleben der Menschen und Völker darstellen.

Wenn wir zur Eindämmung dieser Wanderungsbewegungen etwas tun wollen, müssen wir zunächst sagen, daß es keine Lösung darstellt, wenn die Menschen vor den Problemen fliehen.

Es sind ja in erster Linie die Jüngerer, die Leistungsfähigen, die, die sich noch etwas zutrauen, die aus diesen Ländern weggehen. Und wenn die Länder, in denen derart bittere Not, wirtschaftlich, sozial und auch ökologisch, herrscht, sich besser entwickeln sollen, dann wird diese Chance noch geringer, wenn die Leistungsstarken gehen und nur die Alten, Schwachen und Kranken in ihrer Heimat verbleiben. Daher muß man den Menschen mit den vielfältigen Mitteln der Entwicklungspolitik vor Ort helfen, damit sich dort die Verhältnisse bessern und sie in ihrer Heimat bleiben können.

Ich finde es in diesem Zusammenhang ganz falsch, wenn gesagt wird, Entwicklungspolitik nütze nichts, koste nur Geld, und die Verhältnisse würden doch nur immer schlechter.

Es gibt eine Reihe von Ländern dieser Erde, bei denen man sehr konkret nachweisen kann, daß Entwicklungspolitik in den zurückliegenden Jahrzehnten zu konkreten Erfolgen und Verbesserungen geführt hat. Aber diese Verbesserungen reichen noch lange nicht aus, wir müssen unsere Anstrengungen weiter verstärken. Dazu gehört auch, daß wir den ärmsten Ländern dieser Erde nicht mit der einen Hand sehr viel mehr von dem wieder wegnehmen, was wir ihnen mit der anderen Hand gegeben haben.

Wir können nicht den Entwicklungsländern auf der einen Seite jährlich weltweit 60 Milliarden Dollar Entwicklungshilfe gewähren, zugleich aber hinnehmen, daß ihnen durch den Protektionismus der Industrieländer Wohlfahrtsverluste in doppelter Höhe stehen. Daher ist der Ausgang der laufenden GATT-Verhandlungen für die Entwicklungspolitik so wichtig.

Flüchtlingskonzepte überprüfen – Armutsbekämpfung vor Ort

Es war ein richtungsweisender Schritt, daß die Bundesregierung 1990 auf meine Initiative hin eine Flüchtlingskonzeption erarbeitet und beschlossen hat, die darauf gerichtet ist, die Ursachen von Fluchtbewegungen gezielt zu bekämpfen. Dies erscheint mir unverändert wichtiger, als die Menschen als Flüchtlinge oder Asylbewerber bei uns aufzunehmen. Unserer Flüchtlingskonzeption ist gelegentlich entgegeng gehalten worden, sie sei nur eine Ablenkungsveranstaltung, denn in Wahrheit gäbe es gar keine Chance, die Ursachen von Fluchtbewegungen hinreichend schnell zu bekämpfen, um

Fluchtbewegungen zu verhindern. Diese Vorhaltungen sind unbegründet.

Unter den Asylbewerbern, die wir Monat für Monat registrieren, kommen mit Abstand die meisten aus Ost- und Südosteuropa. 1989 lagen hierbei Asylbewerber aus Polen auf Platz eins der Statistik, übrigens auch bei den Aussiedlern. Seit 1991 kommen nur noch sehr wenige aus Polen zu uns, gleich ob als Asylbewerber oder als Aussiedler. Die Entwicklung in Polen, die Öffnung unserer Grenze zu Polen, unsere Hilfe für die deutsche Minderheit dort und übrigens auch eine großzügigere Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Polen haben dazu geführt, daß aus Polen praktisch keine Asylbewerber und fast keine Aussiedler mehr kommen. Dies zeigt, daß man Ursachen für Wanderungsbewegungen tatsächlich wirkungsbekämpfen und sogar beseitigen kann.

Diese Erwartung gilt sicher weniger, was das Gefälle zwischen Süd und Nord auf dieser Erde angeht. Immerhin hat das Prinzip der **Armutsbekämpfung** inzwischen einen deutlich höheren Stellenwert in der Entwicklungspolitik der Bundesregierung bekommen. Ich denke daher, daß zusammen mit einer stärkeren Unterstützung der Bemühungen im Rahmen der Vereinten Nationen auch kurzfristige Erfolge in der Bekämpfung von Wanderungsbewegungen aus der Dritten Welt möglich sein werden. Zumindest sollte das Geld, das wir zur Verwaltung des Asylbewerberproblems hier in Deutschland aufwenden, künftig dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden, um damit den Flüchtlingen in den betroffenen Regionen **vor Ort** zu helfen. Auf diese Weise könnte wesentlich mehr Menschen geholfen werden, als wenn man die Mittel hier bei uns für teure und doch meist nutzlose Asylverfahren verausgabt.

Für die Zuwanderungsbewegungen hierher nach Deutschland brauchen wir in Zukunft dringend bessere Steuerungsmöglichkeiten, als wir sie heute besitzen. Wir müssen in die Lage kommen, daß wir diejenigen, bei denen wir davon überzeugt sind, daß es weder notwendig noch richtig ist, daß sie zu uns kommen, auch wieder zurückschicken können. Ich nenne nur die Herkunftsländer Rumänien oder eben auch Polen. Menschen aus Ländern wie den beiden genannten sollten möglichst rasch wieder zurückgeschickt werden können, damit klar wird, daß

Fortsetzung Seite 4

Die Parteien in der freiheitlichen Bürgergesellschaft

Helmut Kohl

Viele Menschen sind verunsichert angesichts der sich überstürzenden Veränderungen und Umwälzungen in unserer Zeit – angefangen bei den Problemen im Zusammenhang mit der Herstellung der inneren Einheit Deutschlands über den Krieg im bisherigen Jugoslawien bis hin zu den großen Wanderungsbewegungen von Ost nach West und von Süd nach Nord.

Der glücklicherweise überwundene Ost-West-Konflikt bot – bei allen Problemen – in gewisser Weise Übersicht und „klare Verhältnisse“. Die gegenwärtige Übergangszeit nach dem Ende des Kalten Krieges ist demgegenüber von Unübersichtlichkeit geprägt und oft auch mit Schwierigkeiten verbunden, in denen viele Menschen die Unwägbarkeiten des Wandels in unserer Zeit bedrohlich erscheinen – jedenfalls größer als die großartigen Chancen, die sich uns jetzt bieten.

Einfache Lösungen von heute schaffen häufig erst die Probleme von morgen

Dies ist natürlich eine Versuchung für die „schrecklichen Vereinfacher“, jene Menschen, die sich nur allzu gerne an den einfachen Lösungen orientieren wollen, Patentrezepte auch dort vorgaukeln, wo in Wirklichkeit nur komplexe Lösungswege Aussicht auf Erfolg bieten. Viele wollen eben nicht wahrhaben, daß die „einfachen Lösungen“ von heute häufig die Probleme von morgen erst schaffen.

Jeder politisch Verantwortliche sollte, ja muß sich vor diesem Hintergrund immer wieder selbstkritisch fragen ob er die verständlichen Unsicherheitsgefühle, Sorgen und oft auch Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger genügend ernst nimmt – und ob er dies auch klar genug zum Ausdruck bringt. Er muß mit Realismus und Nüchternheit sagen, welches die politischen Notwendigkeiten sind, welche Prioritäten gesetzt werden müssen und was infolgedessen ganz oder zeitweise zurückgestellt werden muß, was geht und was nicht geht.

Bereitschaft zu dauerhaftem Engagement in der Gesellschaft sinkt

In unserer Gesellschaft sinkt jedoch leider die Bereitschaft zu einem dauerhaften Engagement für eine gemeinsame Sache. Einer der Gründe hierfür ist eine zunehmende Individualisierung der Lebensstile. Immer mehr Menschen ziehen es vor, eine Dienstleistung in Anspruch zu nehmen, ohne zugleich eine dauerhafte Beziehung eingehen zu müssen. Zu spüren bekommen diesen Trend außer den politischen Parteien auch Vereine, Verbände, Gewerkschaften oder Kirchen.

Nicht nur dies macht der Politik zu schaffen. Hinzu kommt, daß von ihr oft viel erwartet wird – sogar dort, wo zunächst



Helmut Kohl: Politische Entscheidungen können die letzten Dinge des Lebens nicht regeln.

einmal Bürgersinn und tätige Solidarität mit dem Nachbarn gefragt wären. Die Probleme, vor denen die Parteien heute stehen, sind ein Spiegelbild auch dieses gesellschaftlichen Trends. Ohne die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger auch zu politischem Engagement können die Parteien ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nicht gerecht werden.

Frage nicht was dein Land für dich tut, sondern was du für dein Land tun kannst.

Heute sind allein in unseren kommunalen Parlamenten Hunderttausende als ehrenamtliche Mandatsträger tätig. Sie wissen, daß sich privates Wohlergehen und der Zustand des Gemeinwesens nicht trennen lassen, und sie nutzen vor allem deswegen ihre Freizeit zur politischen Arbeit. Ein amerikanischer Präsident hat solches Engagement unterstützt, als er sagte: „Frage nicht, was dein Land für dich tut, sondern was du für dein Land tun kannst.“ Diese Ermutigung wäre auch bei uns vonnöten.

Besonders deutlich wird dies angesichts der Erfahrungen in den neuen Bundesländern. Was wäre eigentlich gewesen, wenn sich dort nach dem Aufbegehren gegen die SED-Diktatur im Herbst 1989 nicht Menschen in politischen Parteien zusammengefunden hätten, um die Zukunft des Gemeinwesens selbst in die Hand zu nehmen? Rund 130 000 von ihnen arbeiten heute ehrenamtlich in Stadt- und Gemeinderäten. Wer heute leichtfertig über Parteien herzieht, der tut gerade auch ihnen unrecht.

Bequem ist diese ehrenamtliche Arbeit nur selten: Sie findet in der Freizeit statt, bringt häufiger Nachteile gegenüber denen mit sich, die sich nur auf den Beruf konzentrieren. Der persönliche Vorteil liegt meistens in der inneren Befriedigung darüber, etwas für das Gemeinwesen bewegen zu können.

Es gibt in allen Parteien Mißstände – auch „Fitz“, „Verbonzung“ und so manche Verkrustung; viele werden gerade deswegen auch politisch aktiv, um solchen Entwicklungen entgegenzutreten. In diesem Sinne ist die Parteienkritik oft innerhalb der Parteien am schärfsten. Ich habe mich stets dafür eingesetzt – und dies im Rahmen meiner Möglichkeiten als Landes- und Bundespolitiker immer wieder durchgesetzt –, daß auch sogenannte „Seiteneinsteiger“ in der CDU auf allen Ebenen eine Chance erhalten. Nach meiner Überzeugung darf insbesondere die Auswahl von Abgeordneten nicht allein von persönlichen Beziehungen, der Zugehörigkeit zu bestimmten innerparteilichen Vereinigungen und Gremien oder der Dauer der Parteimitgliedschaft abhängig sein.

In keinem anderen Berufsstand fallen Fehlleistungen einzelner so auf alle zurück; vielleicht ist es deshalb so schwierig, geeignete Bewerber für Mandate zu finden. Sich in der Öffentlichkeit exponieren zu müssen, vieles an Privatheit zu verlieren und mit alledem auch die Familie zu belasten, schreckt viele Mitbürger ab.

Recht zu mehr Selbstbewußtsein

Gemessen am Ergebnis ihrer Arbeit – der politischen und wirtschaftlichen Stabilität unserer Bundesrepublik Deutschland, von der wir alle profitieren – haben unsere Parlamentarier durchaus das Recht zu mehr Selbstbewußtsein. Dies gilt um so mehr, als aus diesen Parlamenten alle führenden politischen Repräsentanten unserer Republik in den letzten 40 Jahren hervorgegangen sind. Es gibt darunter keinen, der nicht auch Parteileben aus eigener Erfahrung kennengelernt hätte und insofern ungerechtfertigter Kritik entgegenzutreten könnte.

Mit Recht erwarten die Bürger von diesen führenden Repräsentanten Vorbild durch beispielhaftes Verhalten: Grundsatztreue, Standfestigkeit gegenüber dem Zeitgeist, Bekennen eigener Fehler und Offenheit gegenüber Neuem gehören zu der geistigen Orientierung, nach der viele verlangen. Mehr – und dies ist schon schwer genug – kann auch geistige Führung in der Politik nicht bedeuten.

Politische Entscheidungen können die letzten Dinge des Lebens nicht regeln, und Parteiprogramme bieten keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des Lebens. Wollten Parteien danach streben, würden sie den Rahmen der Demokratie überschreiten. Sie sind dabei keine abstrakten Institutionen oder Zentralen, sondern Zusammenschlüsse politisch ähnlich orientierter Menschen. Der dadurch bedingten Unvollkommenheit müssen sie sich selbstkritisch stellen, pauschaler Kritik jedoch dürfen sie selbstbewußt entgegenzutreten.

Fortsetzung von Seite 3

sie nicht auf Dauer bei uns bleiben können. Dies aber geht nicht ohne eine Änderung unseres Grundgesetzes.

Wir brauchen diese **Grundgesetzänderung** insbesondere aus zwei Gründen. Zum einen treiben wir mit dem Asylrechtsartikel unseres Grundgesetzes in seiner derzeitigen Fassung, der jedem auf die bloße Behauptung hin, politisch verfolgt zu sein, ein vorläufiges Aufenthaltsrecht in Deutschland garantiert, Beihilfe für die organisierte Kriminalität von Schlepperbanden. Nach Schätzungen werden bis zu zwei Drittel der Asylbewerber durch Schlepperorganisationen in die Bundesrepublik Deutschland geschleust. Diese Geschäfte müssen wir unterbinden, und das können wir nur, wenn wir die Asylbewerber möglichst rasch wieder in die Herkunftsländer zurückschicken. Dann werden diese Menschenhändler den Leuten nicht mehr lange ihr Geld für falsche Versprechungen abnehmen können.

„Europäische“ Lösung

Der zweite Grund, warum wir die Änderung unserer Verfassung zwingend brauchen, ist, weil wir sonst zu einer **europäischen Zusammenarbeit** nicht fähig werden. Diese Zusammenarbeit brauchen wir nicht nur, weil wir in Europa die Grenzen öffnen wollen, sondern wir brauchen sie auch, um unsere gemeinsamen europäischen Anstrengungen im Sinne der Ursachenbekämpfung zu konzentrieren, zu bündeln und damit mehr zu erreichen. Eine Bekämpfung der Fluchtursachen können wir nur gemeinsam in Europa erreichen, das betrifft besonders die Verhinderung von Kriegen und Bürgerkriegen, aber auch alle übrigen Wanderungsursachen.

Wir brauchen die Steuerungsmöglichkeit gegenüber der Zuwanderung auch, weil wir sonst die innere Stabilität unseres freiheitlichen Rechtsstaates nicht bewahren könnten. Ich behaupte nicht, daß eine Zuwanderung in den derzeitigen Größenordnungen die Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland bereits objektiv überfordert. Wir haben aber **politische Verantwortung für die Menschen**, so wie sie nun einmal sind. Die Menschen reagieren nicht nur aufgrund objektiver Vorgaben, sondern sie sind geleitet durch Ängste, Sorgen, Erwartungen und Enttäuschungen, und man darf sie darin nicht überfordern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Es le-

ben bei uns seit Jahrzehnten Millionen ausländischer Mitbürger. Und sie leben überwiegend – von ein paar Brennpunkten, wo auch Infrastrukturpolitik versagt hat, abgesehen, friedlich und freundlich mitten unter uns. Ich erzähle gelegentlich von der badischen Kleinstadt, in der ich zu Hause bin, in der wir aufgrund einer besonderen Industriesituation einen sehr hohen Anteil türkischer Mitbürger haben. Einer Kleinstadt, die kaum über 10.000 Einwohner hat, dabei aber seit Jahrzehnten weit über 1.000 türkische Mitbürger zählt, das ist schon eine Menge. Meine Kinder hatten alle vier in den Grundschulklassen einen Anteil türkischer Mitschüler von 25 bis 30 Prozent. Dies hat überhaupt keine Probleme gegeben, und wir sind auch nicht besser als irgendjemand sonst – das ist die Normalität.

Aber unsere Bürger haben jetzt die Sorge, wieviele Zuwanderer die Bundesrepublik Deutschland wohl noch zu verkraften haben wird, sie haben das Gefühl, die Politiker seien unfähig zu handeln, sie würden nur reden, könnten die Entwicklung aber längst nicht mehr steuern. Der Staat wirkt auf seine Bürger ohnmächtig. Es wachsen Ängste, die dazu führen können, daß sich das Verhältnis zwischen den Deutschen und ihren ausländischen Mitbürgern verschlechtert. Deswegen dürfen diejenigen, die davor warnen, einfach so weiterzumachen, die das Grundgesetz ergänzen wollen, um Steuern zu können, nicht schon als ausländerfeindlich diffamiert werden. Wenn wir die innere Stabilität unseres freiheitlichen Rechtsstaates bewahren wollen – und diese innere Stabilität ist ein kostbares Gut, das nicht zum Nulltarif zu haben ist – so erfordert dies von uns allen mehr Anstrengung, mehr Sorgfalt, mehr Verantwortung.

Es hat nicht viel Sinn, darüber zu rasonieren, wer die Schuld für die Fehler der Vergangenheit trägt. Natürlich hätte die CDU/CSU die notwendigen Regelungen und Maßnahmen längst ergriffen. Aber es überzeugt unsere Bürger nicht, wenn wir sagen, die SPD hat uns daran gehindert, wenn wir darauf hinweisen, daß wir für Verfassungsänderungen die Zustimmung der Sozialdemokraten brauchen. Die Leute antworten, das seien die bekannten Ausreden der Politiker. Und deswegen bekommt auch die Union bei Wahlen die Sanktion mit dem Stimmzettel zu spüren. Daraus kann man lernen, daß sich ein großer Teil unserer Bürger mit parteipolitischen Auseinandersetzungen, so notwendig

diese sind, nicht zufriedengeben, sondern unerbittlich auf der Lösung bestimmter Probleme bestehen, und zwar auf kürzestem Wege und ganz unbeeindruckt von Hinweisen auf Mehrheitsverhältnisse.

Ich glaube daher auch nicht, daß diejenigen in der Union Recht haben, die ihr Heil in einem schärferen Profil unserer Partei sehen und mehr Konfliktbereitschaft fordern. Ich halte das Argument für falsch, wir hätten deutlicher Position beziehen müssen, dann hätten die Republikaner nicht so viel Zustimmung bekommen. Als große Volkspartei, die die Union bleiben will, wird sie eine kleine radikale Partei niemals an Verbalradikalismus übertreffen können. Diesen Wettbewerb würden wir allemal verlieren. Wer meint, man könne im Wettlauf mit den radikalen durch scharfes Reden verantwortliches Handeln ersetzen, der täuscht sich, der hat von der Funktionsweise unserer parlamentarischen Demokratie nichts begriffen.

Zur Frage des Asylbewerberstroms

Unsere Bürger erwarten von den Politikern, den Parteien, den Parlamenten, den Regierungen gelegentlich Dinge, die diese gar nicht leisten können. Dieses Problem kann man an vielen politischen Fragen sichtbar machen, so auch in der Frage des Asylbewerberstroms. Wir müssen darauf achten, daß wir die Erwartungshorizonte unserer Mitbürger nicht optimistischer und weitgreifender gestalten, als wir sie hinterher auch ausfüllen können.

Auch in der Asylpolitik ist es sehr wichtig, daß wir den Menschen rechtzeitig erklären, was wir im äußersten Fall schaffen können und was nicht. Denn wenn wir den Menschen zu große Erwartungen suggerieren und sie hinterher sehen, das geht nicht so einfach oder es geht gar nicht, dann entsteht unvermeidlich Enttäuschung und dann ist der Schaden um so größer.

Auch mit einer Änderung unseres Grundgesetzes werden wir das Problem nicht einfach los, daß arme Menschen aus Osteuropa wie aus der Dritten Welt bei uns Zuflucht suchen. Selbst wenn man unseren Artikel 16 GG ersatzlos streichen würde, was niemand will, würde dieses Problem fortbestehen. Trotzdem nehme ich nichts von meiner Aussage zurück, daß wir unser Grundgesetz schon längst hätten ergänzen sollen. Nur dürfen wir nicht erwarten, daß die Änderung unserer Verfassung mit einem Schlag alle Probleme löst.

Ausländerfreundlichkeit muß sich in konkreter Verantwortlichkeit darin bewähren, daß wir eine Politik betreiben, die hilft, daß das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern friedlich und freundlich bleibt und daß die Bundesrepublik Deutschland ein offenes Land bleibt. Wir sind darauf angewiesen, mehr als andere. Der Satz, daß wir zum Teilen bereit bleiben müssen, gilt nicht nur im Hinblick auf die deutsche Einheit. Unsere Bürger

auf diesem Weg zu halten, erfordert eine behutsame Politik, die um ihre Verantwortung weiß. Jedermann ist eingeladen, hierzu seinen Beitrag zu leisten.

Ann.: Dr. Wolfgang Schäuble ist Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er hielt anlässlich des 4. EAK-Deutschland-Förums einen Vortrag, der hier in gekürzter Fassung dokumentiert wurde.

Die europäische Idee – Fundament unserer Zukunft

Angela Merkel

Das System des real existierenden Sozialismus hat ökonomisch, sozial und auch moralisch versagt. Die Menschen in den Staaten des östlichen Europas und in der DDR haben sich von den kommunistischen Herrschern befreit. Sie haben sich immer nach einer Ordnung der Freiheit, nach einem Leben, wie es in den Demokratien Westeuropas „normal“ ist, geseht. Ihre Revolutionen waren in diesem Sinne eine Rückkehr zur Normalität. Damit sind sie auch nach Europa zurückgekehrt.

Es ist zudem eine Wiederanknüpfung an die „europäische Idee“, an die Idee der Menschenrechte und Menschenwürde, die tiefe Wurzeln im Christentum hat. Mit der „Charta von Paris“ vom November 1990 bekannte sich erstmals in seiner Geschichte ganz Europa zu der Idee von der Würde und dem Wert jedes einzelnen Menschen. Diese Idee hat Europa zu Europa gemacht. Sie ist nicht allein im Westen unseres Kontinents zu Hause. Sie beehrte die Polen in ihrem jahrhundertelangen Freiheitskampf nicht weniger als die Franzosen; sie wurde an den Universitäten von Dorpat und Königberg, von Krakau und Budapest genauso gelehrt wie in Genf, Paris und London. Sie ist hervorgegangen aus dem christlichen Glauben, daß der Mensch das Ebenbild Gottes ist und der Überzeugung der Neuzeit, daß der Mensch in seinem Denken und Handeln frei ist, aber auch in Verantwortung vor seinen Mitmenschen steht.

Diese Idee war immer lebendig, aber auch vielleicht gerade dort, wo nur Dunkelheit zu sein schien. Denn gerade dort, wo Europa unter den Bedingungen der Diktatur am radikalsten sein christliches Erbe leugnete, der Terror materialistischer Ideologien die Menschen unterdrückte, gab die europäische Idee Hoffnung auf einen Ausweg in eine bessere Zukunft. Deshalb ist die europäische Idee trotz der furchtbaren Kriege, trotz systematischer Unterdrückung und Vernichtung

nicht untergegangen. Ja, sie überlebte sogar ihre eigene Pervertierung durch die Bolschewiken um Lenin, die behaupteten: „Uns ist alles erlaubt, denn unser Humanität ist absolut“. Die europäische Idee hat auch dies überstanden.

Europäische Identität finden

Doch allein ein kurzer Rückblick auf die letzten 200 Jahre europäischer Geschichte offenbart, wieviel es gekostet hat, bis die Idee von der Würde und den Rechten des Menschen Wirklichkeit wurden.

Schauen wir auf den geschichtlichen Weg Polens. Polnische Bürger galten in ganz Europa als mutige Freiheitskämpfer. Aber die europäische Mächtelkonstellation ließ ein selbständiges Polen lange nicht zu. Doch ob in Italien, in Frankreich oder in Deutschland, überall gab es Polen, die für die Freiheit kämpften und ihr Leben einsetzten.

Schwierig war es auch im Falle Deutschlands. Die Deutschen waren eigentlich immer unentschieden. Nirgendwo sonst wurde so leidenschaftlich über „dritte Wege“ diskutiert. von dem früheren französischen Außenminister und Friedensnobelpreisträger Aristide Briand stammt das Wort vom „Kampf um die Seele Deutschlands“.

Diese Unentschiedenheit zeigt, daß das Geteiltsein schon lange vor 1949 zu

den festen Merkmalen der deutschen Geschichte gehörte. Waren wir Deutsche nicht schon oft geteilt oder auch unentschieden zwischen Ost und West, Nord und Süd, zwischen Papst und Luther, Habsburg und Frankreich, zwischen Rußland und England, Aufklärung und Romantik, zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Amerika und der Sowjetunion?

Und mit diesem Hang zur Unentschiedenheit ging wohl auch ein unberechenbares Verhalten einher, das sich mal mit sich selbst zufrieden gab, um ein andermal aus seinen Grenzen auszubrechen und ganz Europa mit sich zu reißen.

Erkennen wir nicht jetzt erst im vollen Umfang, was Thomas Mann meinte, als er von der Aufgabe und der Pflicht der Deutschen sprach, nicht ein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland zu schaffen? Ich hoffe, daß wir mit der europäischen Einhegung unseres wiedergewonnenen Nationalstaates genügend deutlich gemacht haben, daß für uns „Sonderwege“ nicht mehr gangbar sind.

Auch für das große euroasische Imperium Rußlands war es nicht einfach, seinen Weg zu finden. Immer wieder stellte sich die Frage seit Peter I.: Wollen wir mit Europa oder auf uns selbst gestellt unseren Weg gehen?

Auch heute wird von russischen Intellektuellen diskutiert, ob der „slawophile“ Dostojewski oder der „westliche“ Moralist Tolstoi Leitbild sein kann.

Vielfältigkeit Europas

Ich will damit deutlich machen: Wer nach Eindeutigkeit sucht, hat es schwer. Europa ist vielfältig – in seiner Geschichte und Gegenwart. Es reicht nicht, die „Rückkehr zur europäischen Normalität“ festzustellen. Wir müssen uns auch gleichzeitig die Frage nach der Weiterentwicklung, nach dem „Wohin“ stellen.

Wir haben **die Chance** für einen dauerhaften und stabilen Frieden auf unserem Kontinent. Dies gelingt aber nur, wenn wir es verstehen, die unseligen Kräfte des Nationalismus zu bändigen und wenn wir uns in der Lage zeigen, die sozialen Spannungen in Europa abzubauen.

Wir müssen berücksichtigen, daß es nach dem Ende des Kalten Krieges völlig verschiedene Erfahrungen in Europa gibt. In den Diktaturen war die



Angela Merkel: Das demokratische Gesellschaftsmodell steht heute vor großen Aufgaben.

Entwicklung der politischen Landschaft in vieler Hinsicht eingefroren. Deshalb sind die westlichen und östlichen Gesellschaften um Jahrzehnte gegeneinander versetzt. Das heißt, sie sind in ihren realen wirtschaftlichen, kulturellen, psychologischen und sozialen Problemen in verschiedenen Zeiten angesiedelt. Diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen kann nicht mit einem einfachen Schaltvorgang überwunden werden.

Die hochentwickelten, westeuropäischen Länder stehen hier vor einer historischen Herausforderung. Sie müssen einsehen, daß sie sich ihres bisherigen Erfolges nur dann sicher sein können, wenn sie **nicht Wohlstandsmauern** errichten. Europa will und Europa muß zusammenwachsen. Dazu gehören offene Grenzen. Aber das Leben mit offenen Grenzen muß gelernt werden, obwohl wir uns so lange darauf gefreut haben.

Das verlangt natürlich ein „neues Denken“, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Für die Ostdeutschen blieben die Beziehungen der „sozialistischen Bruderländer“ stets an der Oberfläche. Freundschaft war verordnet, sie konnte sich nur in Einzelfällen entwickeln. Selbst die Möglichkeiten, die östlichen Nachbarländer durch Reisen kennenzulernen, waren beschränkt.

Für die Westdeutschen war der Osten Europas lange Zeit aus dem Bewußtsein verschwunden. Das Gebiet östlich des „Eisernen Vorhangs“ war aus westdeutscher Perspektive ein mehr oder weniger geschlossener Monolith. Man war lange Jahre gewohnt, den Osten als statischen Block anzusehen; auf Änderungen wagte man kaum zu hoffen. Die Bundesrepublik hatte sich politisch ebenso wie geistig nach Westen orientiert. Der Osten blieb undurchschaubar, grenzte sich ab und rief deshalb auch kein allzu großes Interesse hervor:

Erst in den zurückliegenden zwei Jahren ist im Westen wieder bewußt

geworden, daß der Osten Europas eine Kulturlandschaft ist, die einen Teil der europäischen Identität ausmacht. Durch den politischen Wechsel, den wir dort gegenwärtig erleben, tritt vieles erneut ins Bewußtsein, was in Westeuropa verdrängt wurde oder mit dem viele keine konkreten Vorstellungen mehr verbanden.

Und selbst die Bewohner der befreiten Länder gewinnen nicht selten erst jetzt wieder einen unverstellten Blick auf die eigene Kultur. Nationen, mit denen gerade wir Deutschen über Jahrhunderte hinweg schicksalhaft verbunden waren, werden sich nun ihrer eigenen Identität und ihrer geistigen Wurzeln wieder bewußt. Das Wiederaufleben der christlichen Kirchen in Osteuropa ist dafür ein beeindruckendes Beispiel.

Länder wie Estland, Lettland, Litauen und die Ukraine treten nach Jahrzehnten der „Abwesenheit“ ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Städtenamen wie Riga und Krakau, Wilna und Lemberg sind zu Symbolen dramatischer Veränderungen geworden. Das deutlichste äußere Zeichen dieser Veränderung ist wohl, daß Leningrad wieder St. Petersburg heißt.

Miteinander der Völker Europas fördern

In diesem Augenblick, in dem die Teilung in West- und Osteuropa zumindest äußerlich zu Ende gegangen ist, in dem sich die Aussicht auf ein friedliches Miteinander der Völker Europas bietet – trotz vieler Risiken –, fällt so meine ich, insbesondere die Aufgabe zu, Verbindungen wieder neu zu knüpfen.

Es geht darum, Verbindungslinien zu jenem Teil Europas aufzubauen, der jetzt in neuen Bildern vor uns tritt und das Bewußtsein ganz Europas wieder vervollständigt.

Ich bin davon überzeugt, daß zum Beispiel der Jugendaustausch Entscheidendes dazu beitragen kann, Europa und die Europäer einander anzunähern. So wie das Deutsch-Französische Jugendwerk nach dem Krieg zum Verständnis von Deutschen und Franzosen einen wichtigen Beitrag geleistet hat, so muß nun auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk diese Funktion erfüllen.

Wir müssen uns als Deutsche natürlich auch finanziell engagieren. Wir haben schon sehr viel geleistet. Und

das findet auch Unterstützung bei der Bevölkerung. Denn sie sieht, daß es auch in ihrem Interesse liegt. Hilfe und Unterstützung beim Neuaufbau sind allemal nützlicher und menschlicher als Rüstungswettlauf und Kalter Krieg.

Manche meinen, wie der amerikanische Historiker Fukuyama, daß mit dem Ende des alten Ost-West-Spannungsverhältnisses auch das „Ende der Geschichte“ erreicht sei. Ich sehe das nicht. Ich denke, daß gerade jetzt die große Herausforderung für die liberale Demokratie beginnt, wo der Druck des alternativen Gesellschaftsentwurfes „Sozialismus“ - auch wenn er nur eine Utopie war - fehlt. Der Liberalismus ist jetzt der einzige Feind der liberalen Gesellschaft, hat kürzlich ein amerikanischer Soziologe gesagt.

Das demokratische Gesellschaftsmodell steht heute vor der großen Aufgabe, seine Fähigkeit zu Lösungen, zu Innovationen und zu gesellschaftlichen Reformen aus sich selbst heraus unter Beweis zu stellen. Die etablierten Demokratien müssen den Ländern tatkräftig zur Seite stehen, die jetzt ihre politische Ordnung neu gestalten.

Was jetzt auch notwendig ist, ist aus meiner Sicht die rasche **institutionelle Stärkung der Europäischen Gemeinschaft**. Die EG wird nur dann in der Lage sein, die anstehenden Herausforderungen aufzugreifen, wenn sie handlungsfähig ist. Handlungsfähig aber ist sie nur dann, wenn sich die Einsicht durchsetzt, daß heutzutage Souveränität nur noch gemeinsam auszuüben ist. **Ohne** brauchen wir die Politische Union. Nur eine handlungsfähige EG ist attraktiv. Und nur dann wird die EG in der Lage sein, auch wirtschaftlich schwächere Partner aus Mittel- und Osteuropa zu integrieren.

Europa ist dabei, seine Zerrissenheit zu überwinden und sich auf seine geistigen Wurzeln zu besinnen. Es knüpft dabei an den **christlichen Gedanken der Versöhnung** an, und es besinnt sich auf seine prägenden christlichen Werte der Menschlichkeit und der Verantwortung füreinander. Wir haben Grund zu der Hoffnung, daß dieser Prozeß der Besinnung nicht zurück in ein Gegeneinander, sondern voran zu einem dauerhaften Miteinander führt - überall auf unserem Kontinent.

Ann.: Dr. Angela Merkel ist Bundesministerin für Frauen und Jugend.

Die Europäische Gemeinschaft und die Kirchen

Hans-Joachim Kiderlen

Kirche und Staat haben sich in der europäischen Geschichte immer, wenn auch auf unterschiedliche Weise, in einem Verhältnis zueinander gesehen. Dabei ging es durchaus um die Herrschaft des einen über den anderen, aber auch um bewußte Distanz und Abkehr. Nicht mehr alle Modelle möglichen Staat-Kirchen-Verhältnisses finden sich noch heute auf den politischen Landkarten der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, aber die Vielfalt dieser Beziehungen ist weiterhin beträchtlich. Das gilt vor allem für die Kirchen der Reformation und reicht vom Staatskirchentum skandinavischer und britischer Prägung über die verfassungsrechtlich gesicherte Partnerschaft zwischen Staat und Kirchen in Deutschland bis zu laizistischen und freikirchlichen Ausprägungen in Frankreich und den südeuropäischen Ländern.

Die Frage nach diesen Beziehungen mag manchmal überholt erscheinen und Kirche als eine Privatangelegenheit. Ihre Aktualität zeigt sich aber derzeit gerade in der heftigen Diskussion in Deutschland über die Rolle der Kirchen, insbesondere der evangelischen Kirche in der DDR. Jede Antwort, eigentlich jede Form des Verhältnisses von Staat und Kirche, fällt dabei zweideutig aus. Dies gilt für beide Seiten und macht die Frage immer wieder spannend. Die Kirche, die sich so weit vom Staat entfernt, daß sie ihn gar nicht mehr erreichen kann, verfehlt ihren Auftrag wohl ebenso wie die Kirche, die sich in ein so enges Verhältnis zum Staat begibt, daß er nichts Unvorhergesehenes mehr von ihr zu erwarten hat.

Der Staat hingegen, auch der weltanschaulich neutrale Staat, braucht ein unabhängiges Gegenüber, dessen Vorhandensein die staatlichen Strukturen und Verfahren offen und funktionsfähig hält, ein Gegenüber, das an die Unverfügbarkeit der Schöpfung und der Menschenwürde und an die dauernde Aufgabe der Gerechtigkeit erinnert. „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht“ heißt es bei dem Propheten Jesaja an König und Staatsführer gerichtet. Und „Suchet der Stadt Bestes!“ sagt der Prophet Jeremia an die Gläubigen gewandt.

Hier aber interessiert zunächst, ob solche Überlegungen zum Staat-Kirche-Verhältnis auf das Verhältnis von Kirchen und Europäischer Gemeinschaft überhaupt Anwendung finden können. Ist die Europäische Gemeinschaft ein Gegenüber für die Kirchen? Und umgekehrt: Können die Kirchen ein solches Gegenüber für die Gemeinschaft sein? Wahrscheinlich muß die EG nicht Staat in einem eigentlichen

oder gar ausschließlichen Sinne sein, und die Kirchen nicht zu einer europäischen Kirche werden, damit diese Frage bejaht werden kann. Die Gemeinschaft ist Rechtsgemeinschaft mit eigenen Institutionen, durch die sich ein eigener Wille ausdrückt, der von der Willensbildung in den Mitgliedstaaten unterschieden ist, nicht umfassend, aber doch partiell und im Ansatz.

Was in und durch die Gemeinschaft geschieht, liegt auch auf kirchlichem Interessengebiet in dem oben beschriebenen Sinne: Das wirtschaftliche Europa des gemeinsamen Marktes hat seine, gewollten und ungewollten, Auswirkungen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich. Die soziale Frage, vielleicht als die „neue soziale Frage“, stellt sich europäisch und geht das Menschenbild auch der christlichen Kirche an. Die Gemeinschaft fordert für sich Anerkennung kultureller und nationaler Vielfalt und zieht darüber hinaus Angehörige vieler Nationen und Kulturen an; Bewahrung des Eigenen und die Forderungen des Zusammenlebens brauchen ein neues Gleichgewicht.

Die europäische Wirtschaftlichkeit trägt dazu bei, neu und durchaus auch an die EG gewandt, die Frage nach mehr Gerechtigkeit in der Welt zu stellen. In der Gemeinschaft und unter ihrem Eindruck darüber hinaus lösen sich bisherige gesellschaftliche und politische Bindungen; andere werden wiederentdeckt oder bilden sich neu. Die Bedingungen für Wissenschaft und Forschung werden, ebenso wie für die Wirtschaft, zunehmend von der EG gesetzt, die von Wissenschaft und Forschung aufgeworfenen ethischen Fragen müssen auf europäischer Ebene erörtert werden. Die Gemeinschaft wird dabei schon seit längerem nicht

mehr einfach als die Lösung für von den einzelnen Staaten nicht mehr zu kontrollierende Probleme gesehen, sondern durchaus auch als Teil dieser Probleme.

**Kirche und Politik:
Gemeinsam Lösungen suchen**

Wenn die Kirche sich mit diesen Fragen „europäisch“ auseinandersetzen und die Gemeinschaft als ihr Gegenüber darauf ansprechen, befinden sie sich auf dem im einzelnen immer wieder umstrittenen, auch bei ihnen selbst umstrittenen, Gebiet ihrer „Weltmission“. Auf unterschiedliche Weise, auch auf für die jeweilige Kirche und Glaubensrichtung typische Weise, haben die Kirchen sich in das politische und gesellschaftliche Gespräch immer schon eingemischt, – wurden gefordert und haben sich überfordert gezeigt, wenn sie anfangen, Lösungen anzubieten.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Fragen des Dialogs zwischen Gemeinschaft und Kirchen sind die Kirchen, unterschiedlich je nach ihrer Stellung in den einzelnen Mitgliedstaaten, natürlich auch als Institutionen von der Rechtsetzung der Gemeinschaft betroffen. Sind sie bedeutende Arbeitgeber, – wie in Deutschland gleichzeitig mit einem öffentlich-rechtlichen Anspruch und verbrieften Sonderrechten der kirchlichen Dienstgemeinschaft versehen –, betreffen sie die arbeitsrechtlichen Grundsätze und Regelungen der EG in starkem Maße. Unterhalten die Kirchen Ausbildungsstätten und Schulen, müssen sie für die Anerkennung und richtige Einordnung ihrer Diplome im EG-Rahmen Sorge tragen. Die großen kirchlichen Sozialeinrichtungen, – Diakonie und Caritas –, fühlen sich von der im Denken der europäischen Institutionen immer noch vorherrschenden ausschließlichen Alternative, staatlich oder marktwirtschaftlich-privat, vielfach nicht richtig wahrgenommen.

Die verschiedenen Programme der EG, vor allem im Sozialbereich, aber auch in der Entwicklungshilfe, sind für die Arbeit der verschiedenen kirchlichen Werke von unmittelbarem Interesse. Dies gilt nicht nur wegen der möglichen finanziellen Unterstützung, sondern auch um der Mitgestaltung an neuen Lösungsansätzen willen. Die kirchlichen Werke stehen hier in einer Reihe mit anderen Nichtregierungsorganisationen.

Sie sollten von ihrem Auftrage her aber in besonderem Maße bereit sein, ihre Organisation jeweils für die Nicht-Organisierten einzusetzen und in besonderen Situationen deren Stellvertreter auf Zeit zu sein. Dies könnte z.B. im Wirtschafts- und Sozialausschuß und im Sozialen Dialog der EG zu einer Rolle der kirchlichen Werke bei der Vertretung von Armen und Randgruppen bedeuten, deren Zahl in der Gemeinschaft zunimmt.

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Interessensfelder ist die tatsächliche Präsenz der Kirchen in Brüssel und Straßburg sicher ebenfalls vielfältig, aber natürlich nicht immer überzeugend und schon gar nicht besonders stark. Zunächst fällt es bei der Unterschiedlichkeit ihrer theologischen Traditionen vor allem in bezug auf das Staat-Kirchen-Verhältnis, ihrer unterschiedlichen Größe und geschichtlichen Entwicklung gerade den protestantischen und anglikanischen Kirchen schwer, zu Einigkeit und gemeinsamen Ausgangspositionen zu kommen, z.B. was das Verhältnis zur Gemeinschaft überhaupt angeht. Zum Teil sind dafür Flexibilität und Handlungsfähigkeit im kleinen durchaus ein Markenzeichen dieser Kirchen, auch auf europäischer Ebene.



Dagegen erscheint die Größe und relative äußere Einheitlichkeit der römisch-katholischen Kirche gelegentlich als eine Last angesichts eines notwendigen Eingehens auf die vielfältigen europäischen Entwicklungen. Aber die Frage, was ist Last, was Leichtigkeit kirchlichen Handelns, wird aus der Sicht der Glaubensgemeinschaft eben auch grundsätzlich unterschiedlich beurteilt. Die orthodoxen Kirchen jedenfalls, in der EG bisher nur in Griechenland stark, sind im Gegenüber zur Gemeinschaft noch nicht hervorgetreten.

Verhältnis Kirche zur EG

In noch durchaus eingeschränkter Weise läßt sich von einer größeren Aufmerksamkeit der Kirchen, jedenfalls der protestantischen und der katholischen, für die Europäische Gemeinschaft in letzter Zeit sprechen. Sollte dem eine Hinwendung folgen?

„Europa“ überhaupt war seit dem 2. Weltkrieg, mit wechselnder Intensität, durchweg ein Thema für die Kirchen gewesen, vor allem unter dem Aspekt der Wiedergutmachung und Versöhnung unter den europäischen Völkern, der Vermeidung eines neuerlichen Krieges und dann der Überwindung der Blockgrenzen. Die in den 50er Jahren von protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen gegründete Konferenz europäischer Kirchen machte sich insbesondere die Friedenssicherung und die Bewahrung von Verbindungen zwischen Ost und West zur Aufgabe und verfolgte z.B. sehr intensiv den KSZE-Prozeß. Der in der Folge des II. Vatikanischen Konzils (1976-64) gegründete Rat der Europäischen Bischofskonferenzen der römisch-katholischen Kirche hatte vor dem Hintergrund gesamteuropäischen Bemühens vor allem eine pastorale und ehtische Ausrichtung.

Als Gesprächsforum im Verhältnis zur EG gründeten protestantische und anglikanische Kirchen in den 70er Jahren die Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft mit Büros in Brüssel und Straßburg. Als Verbindungsstelle auf katholischer Seite wurde das Sekretariat der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft ebenfalls mit Sitz in Brüssel und Straßburg eingerichtet. Dennoch stand das Verhältnis der Kirchen zur EG unter zwei wesentlichen Vorbehalten, die auch noch fortwirken: Trotz ihres an sich auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hin ausgelegten Ansatzes erschien Gemeinschaft doch weitgehend als Teil des westlichen Blocksystems. Und trotz immer wieder unternommener Anläufe, ihre weitergehende Verantwortung deutlich zu machen, erschwerte doch die zuvörderst wirtschaftliche Ausrichtung der Gemeinschaft und ihre technokratische Gestalt den Dialog mit den Kirchen.

Beide Vorbehalte sind in letzter Zeit geringer geworden. Dazu trugen die Bemühungen der Gemeinschaft um eine politische Union, um eine soziale Dimension und um außenpolitische

Handlungsfähigkeit bei. Eine veränderte Haltung der Kirchen wird aber auch von der Wende in Mittel- und Osteuropa gefordert, die die EG als eine, wenn nicht die einzige wirkliche handlungs- und integrationsfähige Institution mit gesamteuropäischer Verantwortung hervortreten läßt. Was bisher Vorbehalt gegen die EG war und zu Distanz führte, wird nun unmittelbar als Frage und Mahnung an die Gemeinschaft gerichtet.

Alle Christinnen und Christen bitten wir: Stellt Euch der Aufgabe, am Gemeinwohl mitzuwirken. Tut etwas für das Gelingen der Demokratie. Zieht Euch nicht ins Private zurück. Übernehmt Verantwortung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Nehmt Rücksicht auf die Umwelt und setzt Euch dafür ein, daß eine gesamtdeutsche Sozialcharta verabschiedet und in die Praxis umgesetzt wird, die ein menschenwürdiges Leben aller ermöglicht.

**Europäische Evangelische
Versammlung**

Eine auch soziale Gemeinschaft, die nicht gleichmacherisch sein soll, aber ihrer aus dem Binnenmarkt wachsenden sozialen Verantwortung gerecht wird, ist ein Hauptanliegen der Kirchen. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat kürzlich mit ihrer Denkschrift „**Verantwortung für ein soziales Europa**“ versucht, diese Aufgabe zu konkretisieren. Wenn sich nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Europas, der EG in ihrem bisherigen Zuschnitt, ein Umbau öffentlicher Institutionen andeutet, im Spannungsfeld zwischen Gemeinschaft und Regionen, berührt diese Frage der staatlichen Ordnung, direkt und indirekt auch die Kirchen. Die Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder und eine Erweiterung der EG nach Osten wird von den Kirchen sowohl unter der Forderung der Gerechtigkeit wie unter der des Friedens gesehen.

Identität Europas

Eine relativ neue und auch für das Selbstverständnis der Kirchen sehr schwierige Frage ist die der „Identität“ Europas, nach innen und von außen gestellt. Die Frage nach Grenzen und Abgrenzung wird damit vom nationa-

len auf den europäischen Rahmen übertragen, wo doch die „besseren Kräfte“ in den Kirchen bisher gerade in der Verbindung über Grenzen hinweg einen wesentlichen Teil ihrer europäischen Aufgabe sahen. Ein „grenzenlos“ der Welt zugewandtes Europa hat aber seine prinzipiellen Schwierigkeiten und praktischen Unmöglichkeiten ebenso wie Rückgriffe auf alte Identitäts- und Abgrenzungsmuster für Europa wie „christliches Abendland“ oder gar „Festung Europa“. Es ist nicht zu leugnen, daß es auch für letztere kirchliche Angebote gibt.

Offenheit und das Bekenntnis zu weltweiter Verantwortung, - auch aus Schuld und Schuldigkeit im Jahre 500 nach der europäischen „Entdeckung der Welt“ -, können demgegenüber durchaus Identitätsmerkmale Europas ohne Abgrenzungscharakter sein. Sie würden dem gemeinsamen Bekenntnis zu Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und sozialer Verantwortung im Innern eigentlich auf notwendige Weise entsprechen.

Die Frage nach Grenzen und Identität hört damit aber nicht auf. Möglicherweise ist es auch für die Kirchen verantwortungsvoller, an der Bestimmung vernünftiger Grenzen für Europa mitzuwirken als neuen Grenzziehungen in Europa Vorschub zu leisten. Eine neuerliche wechselseitige Inanspruchnahme, der Kirchen durch die Gemeinschaft ebenso wie Europas durch die Kirchen, für Identität nach innen und Abgrenzung nach außen sollte ausgeschlossen bleiben. Dies muß aber, bei aller traditionellen regionalen und nationalen Verbundenheit der Kirchen, auch innerhalb der Gemeinschaft in ihren Teilen gelten. Ein Verharren der Kirchen in regionalen und nationalen Bindungen ist nicht nur eine Versuchung in Ost- und Südeuropa. Eine vernünftige, den Konsens der westlichen Beteiligten findende Grenzbestimmung für Europa wirkt dieser Versuchung entgegen.

Der Beitrag der Kirchen zur Grenzbestimmung in Europa muß in der Offenhaltung von Wegen und Verfahren liegen, in denen Grenzen und ihre Auswirkungen immer wieder neu auf ihre Menschlichkeit, und damit auch Notwendigkeit, geprüft werden können. Das gilt im Hinblick auf die Wohlstandsgrenzen Europas nach Süden und Osten, auf die Begrenzung der Einwanderung und die kulturelle Abgrenzung im Innern wie nach außen.

Europa ist dann vor allem der Raum, in dem eine solche, relative Offenheit möglich ist. Der Beitrag der Kirchen zur Identität Europas wäre danach eher ein indirekter, allgemein christlicher, aber in der Geschichte Europas auf durchaus kennzeichnende Weise schon gelegentlich erprobter. Von „Selbstfindung Europas“ zu sprechen, würde wohl der Neuigkeit des jetzt zu unternehmenden Versuchs nicht voll gerecht werden. Auch, wenn man den christlichen Glauben „an der Wiege Europas“ sieht, ist dieser Impuls doch vor allem ein vorwärtstreibender, der das Selbst als Ziel jenseits des Weges hat.

Offenheit kann nicht Weltgeltung der in Europa zu findenden Wege und Verfahren bedeuten. Mit der Hervorhebung des Weges und nicht eines Seins Europas sollte auch eine neue Selbstbescheidung verbunden sein, die für alle in Europa, auch die Kirchen gilt. Die zu diesem Weg gehörigen Werte sind keine, auf die das Christentum ein Monopol hätte, - Duldsamkeit und Anerkennung der Würde und Freiheit des anderen, Solidarität und Gemeinschaft, Gerechtigkeit und Friedfertigkeit. Vielleicht ist es auch dieser Offenhaltung und Selbstbescheidung Europas angemessener von Tugend als von Werten zu sprechen. Werte oder Tugenden, - in jedem Falle sollten die Kirchen aus ihrem christlichen Glauben eine besondere Leichtigkeit gewinnen, sie auf den Weg zu bringen.

Ann.: Hans-Joachim Kiderlen ist Oberkirchenrat und Leiter des Brüsseler Büros der Evangelischen Kirche in Deutschland.

AUS DEN AUGEN,



AUS DEM SINN.

Im Südlichen Afrika gibt es die schlimmste Dürre dieses Jahrhunderts. Millionen Menschen droht der Hungertod. Der Deutsche Caritasverband und das Diakonische Werk helfen bereits jetzt vor Ort. Gezielt und effizient. Unterstützen auch Sie die Aktion „Hungerhilfe Afrika“.

Afrika braucht Ihre Hilfe. Mehr denn je.

	Postgiro Karlsruhe 202		Postgiro Stuttgart 502
---	------------------------------	---	------------------------------

Europa braucht den moralischen Wiederaufbau

Horst Waffenschmidt

Christen kommen bei der Gestaltung der Zukunft unseres Kontinents wichtige Aufgaben zu. Europa braucht nicht nur den materiellen, sondern genauso den moralischen Wiederaufbau.

Vor allem ist dies in den bisher kommunistischen Gesellschaften der Fall. Viele Menschen schauen dort in tiefer Traurigkeit und voller Zorn auf die Jahre zurück, in denen sie fast aller Möglichkeiten freier Entfaltung beraubt waren. Dieser Riß in den persönlichen Biographien und in den Gesellschaften darf uns alle nicht ruhen lassen, nach Wegen zu suchen, wie diese Menschen miteinander neu ins Reine kommen können.

Mit dem christlichen Verständnis vom Menschen hat die Demokratie gemeinsam eine gesunde Skepsis gegenüber der Vorstellung einer perfekten Welt und von perfekten Lösungen. **Ein demokratischer Staat lebt entscheidend aus der Fähigkeit zum Kompromiß.** Jeder Kompromiß enthält notwendigerweise Defizite.

Die Fähigkeit dies zu erkennen und zu akzeptieren, ist nicht nur in den westlichen Staaten Europas zum Teil unterentwickelt. Sie stößt gerade in den jungen Demokratien im Osten angesichts der hochgespannten Erwartungen an die demokratische Staatsform vielfach auf Verständnisschwierigkeiten. Hier stehen wir alle vor einem notwendigen und schwierigen Lernprozeß.

Hinzu kommt das bedrückende Aufkommen ethnischer Spannungen in vielen Teilen Europas. Hier sehe ich für die Kirchen Möglichkeiten und Chancen, Unverständnis und Haß zwischen den Völkern zu mildern oder zu überwinden.

In der Geschichte ist der christliche Glaube in Europa ein Band der Gemeinsamkeit gewesen, das selbst Gegner miteinander verbunden hat. Ich erhoffe von den Kirchen Kraft und Kreativität beim Bemühen, das Gemeinsame zwischen den Menschen spürbar zu machen. Daraus erwächst die Freiheit, den berechtigten Forderungen nach Selbstbestimmung in gegenseitigem Respekt Rechnung zu tragen.

Wir müssen heute realistisch feststellen, daß Europa kein christlicher



Dr. Horst Waffenschmidt

Kontinent mehr ist – in dem Sinne, wie es das Abendland vor 500 Jahren war, als Christoph Columbus Amerika entdeckte. In weiten Teilen Europas sind die Menschen dem christlichen Glauben systematisch entfremdet worden. Ihnen auf der Suche nach dem Sinn des Daseins neue Orientierung zu geben, ist auch eine eminent politische Aufgabe: **In das geistige Vakuum, das der Kommunismus vor allem im Osten Europas hinterlassen hat, dürfen jetzt keine neuen totalitären Heilslehren einströmen. ...**

Osteuropa braucht unsere Solidarität

Wir dürfen zugleich aber jene Staaten und Menschen in Mittel- und Osteuropa nicht vergessen, die mit ihren friedlichen Revolutionen das Joch der kommunistischen Diktatur abgeschüttelt haben.

Sie blicken mit großen Hoffnungen und Erwartungen auf das reiche, geeinte Europa im Westen. Wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Unsere Aufgabe ist es, den ehemals kommunistischen Staaten beim Umbau ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung zu helfen und sie an Europa heranzuführen. Wir müssen ihnen langfristig eine europäische Perspektive eröffnen.

Wir verstehen, daß die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropas sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wieder auf ihrer nationalen Eigenständigkeit besinnen. Wo nationales Zusammengehörigkeitsgefühl so lange unterdrückt worden ist, wird es sich zunächst Luft machen.

Unser Ziel muß es sein, den Aufbruch dieser Länder nicht mit neuem

„Wir dürfen es nicht zulassen, daß die Wohlstandsgrenze, die heute West- und Osteuropa voneinander trennt, auf Dauer Bestand hat. Dies ist eine große Bewährungsprobe für die freiheitliche Wirtschaftsordnung, in der wir nun alle miteinander leben. Dies ist aber auch eine Bewährungsprobe für unsere ethischen Kräfte. Europa wird nicht versöhnt und frei sein, wenn es nicht die soziale Gerechtigkeit verwirklicht.“

Nationalismus, sondern für immer mit der Idee der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte zu verbinden.

Wir sind dabei, einen Gesamtrahmen für die Zusammenarbeit der großen Industrieländer mit der GUS zu entwickeln. In diesem „Programm der Hilfe zur Selbsthilfe“ geht es darum, einen realistischen und für die Reformkräfte sowie für die Industriestaaten kalkulierbaren Ansatz zu finden. **Wichtige Elemente diese Konzepts sind die Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen im humanitären und technischen Bereich, die dringende Notwendigkeit ökonomischer Reformen, in Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds, Zusammenarbeit im wissenschaftlichen und technologischen Bereich, weitere westliche Finanzhilfe und die Verbesserung der Sicherheit der Kernkraftwerke.**

Das großzügige Hilfsangebot des Westens im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe wurde aus der Erkenntnis heraus entwickelt, daß die GUS-Republiken die großen Aufgaben der wirtschaftlichen Umstrukturierung nicht allein bewältigen können. **Das Angebot ist zugleich Ansporn, das mutige Reformprogramm insbesondere in Rußland erfolgreich durchzusetzen.**

(Auszüge aus: Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, MdB: „Das veränderte Europa – Herausforderung für Christen“)

Die EG und Ostmitteleuropa: Zwischen Wirtschaftspolitik und politischer Wirtschaft

Gerhard Sabathil

Ist es möglich zu leben, ohne sich täglich mit Politik zu befassen? In Westeuropa wird fast jeder diese Frage bejahen. Eigentlich ist eine bejahende Antwort sogar so selbstverständlich, daß man sich die Frage überhaupt nicht mehr stellt: Politik ist nur ein Teil des öffentlichen Lebens, an dem man interessiert ist oder nicht, in dem man einsteigen oder worüber man lesen kann oder nicht.

Der Franzose, Engländer oder (West-)Deutsche von heute genießt das Privileg, sich ähnlich mit Politik beschäftigen zu können wie z.B., mit Fußball, Literatur, Oper oder Kynophilie: entweder nimmt er daran teil, er folgt ihr in den Medien, oder er kümmert sich nicht darum. Wenn jemand Mitterand, Major oder Genscher nicht kennt, mögen wir zwar sagen, er sei etwas ignorant, aber wir können durchaus nicht daraus schließen, er sei ein unglücklicher Mensch.

Ganz anders war die Lage in Osteuropa. Als sich nur Monate nach Ende der deutschen Besatzung die kommunistische Besatzung über große Teile Mittel- und ganz Osteuropa ausdehnte, wurde für mehr als vier Jahrzehnte ein politisches System eingeführt, in dem die Politik fast alle Aspekte des Alltagslebens bestimmte. Wer am 1. Mai nicht in feierlichem Anzug mitmarschierte, ging nicht ins Ausland in Ferien, wer am Tage der Sowjetarmee nicht die Fahne aushing, mußte länger auf ein neues Auto warten, wer in der Arbeit nicht „Genosse“ zu den Kollegen sagte, bekam keine bessere Stelle, wer abends politische Witze erzählte, konnte die Tochter nicht ins Gymnasium schicken. In diesem System, wo nichts klappte ohne Hilfe des Staates und wo alles verboten war, was nicht explizit erlaubt war, war eine apolitische Lebensart völlig ausgeschlossen. Bei allem, was man tat, bei allem was man sagte, mußte man einrechnen, was die politischen Folgen sein könnten; bei allem, was man wollte, mußte man sich fragen, ob es politisch möglich wäre.

Obwohl die politische Repression jetzt verschwunden ist, erscheint ein Leben ohne Politik für die meisten Osteuropäer noch immer ein kaum verwirklichter Luxus. Ausgehend von den Kennzeichen des ancien régime, braucht man sich darüber nicht zu wundern: in seiner totalen Kon-

trolle des gesamten öffentlichen Lebens war das alte System totalitär im wirklichen Sinne des Wortes: allumfassend. Um solch ein System, wo die Politik über allem steht, zu ändern, kann man – leider – nirgendwo sonst sinnvoll mit Reformen anfangen als ganz oben, in der Politik. Denn anders als die meisten Diktaturen war der Kommunismus nicht nur eine de facto-Diktatur, deren Führer sich für Demokraten ausgaben, sondern auch eine de jure-Diktatur, in der „sozialistisches Recht“ die sozialistische Gesellschaftsordnung aufrechterhielt.

Deshalb wäre es auch heute unmöglich, mit dem Westen Handel zu treiben, ohne das ganze Handelsrecht neuzugestalten, konkurrenzfähig zu werden, ohne das Arbeitsrecht neu zu schreiben, oder demokratisch zu wählen, ohne ein neues Wahlgesetz zu verabschieden. All diese neue Gesetzgebung muß in den neuen, unerfahrenen, technisch schlecht ausgestatteten, traditionsarmen und von einer Vielfalt junger und oft euphorischer Parteien gequälten Parlamenten verabschiedet werden.

Zukünftige Integration in die EG

Die demokratische Weltgemeinschaft, energisch angeführt durch die Europäische Gemeinschaft, die OECD und die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank und den IWF, versucht nun den Staaten Mittel- und Osteuropas auf ihrem Reformweg zu helfen. Ziel dieser Hilfe ist es, die richtigen Bedingungen für eine künftige wirtschaftliche und letztendlich auch politische und militärische Integration mit Westeuropa zu schaffen. 1990 und 1991 haben die OECD Staaten allein der CSFR Hilfen im Wert von insgesamt 2,2 Mrd. ECU versprochen. Daneben verpflichteten sich die Weltbank und der IWF zu Krediten in Höhe von 1,5 Mrd. ECU.

Interessanter als diese Zahlen ist jedoch die Natur dieser Beträge. Von der Hilfe der EG-Mitgliedstaaten bestand etwa 90% aus bilateralen Exportkrediten. Die Mittel für technische Zusammenarbeit, Ausbildung oder Hilfe bei der Umstrukturierung bestimmter Sektoren der Wirtschaft blieben im Vergleich zu diesen Summen recht gering. Auch bei den anderen Staaten ist ein ähnliches Verteilungsmuster zu erkennen.

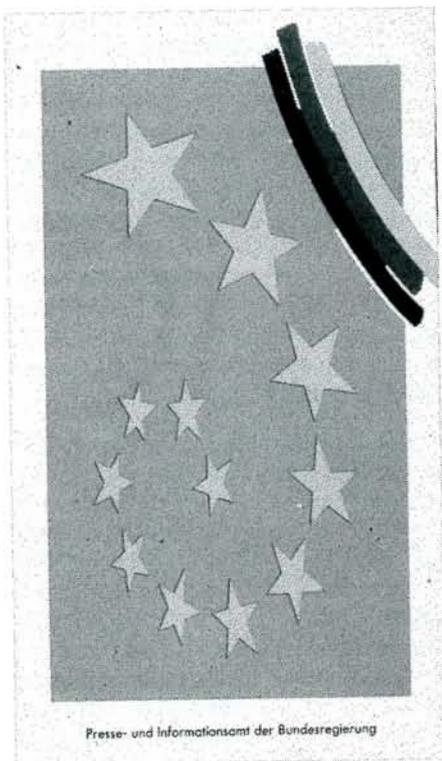
Wesentlich anders ist die Lage nur für die internationalen Finanzinstitutionen und die EG selbst. Der IWF hat der CSFR Kredite von 1,2 Mrd. ECU geboten, insbesondere um die makroökonomische Lage und die Staatsfinanzen zu konsolidieren und die Weltbank hat 334 Mio. ECU für Strukturhilfe, vor allem in den Sektoren Energie und Umwelt, beigetragen. Schließlich verpflichtete sich die EG zu Zuschüssen und Krediten von etwa 600 Mio. ECU, unter ihnen vor allem die Programme PHARE und TEMPUS.

Obwohl nicht eindeutig als „Hilfe“ einzustufen sind die Assoziationsabkommen der EG, auch „Europa-Abkommen“ genannt, die im Dezember 1991 mit Polen, Ungarn und der CSFR abgeschlossen wurden, vor den materiellen Hilfen die bevorzugten und langfristig wirksamsten Instrumente der Anbindung Ostmitteleuropas an die EG. Diese Abkommen, die übrigens auch als Beispiel für die kürzlich zwischen den gleichen drei Ländern und der EFTA geschlossenen Abkommen gedient haben, und als Richtschnur für die laufenden trilateralen Verhandlungen zwischen Polen, Ungarn und der CSFR zur Schaffung einer Freihandelszone und Zollunion dienen, schaffen mittelfristig eine Freihandelszone und versprechen die zukünftige Integration dieser Länder in die EG. Die handelspolitischen Teile der Abkommen werden seit dem 1. März bereits angewandt. Die Gesamtabkommen müssen zuerst ratifiziert werden und Anfang 1993 in Kraft treten, jedoch hat der politische Dialog auf der Ebene der Außenminister auf verständliches Drängen der östlichen Seite hin bereits mit einem Treffen am 5. Mai in Prag voll eingesetzt.

Erzielung eines politischen Grundkonsenses

Wie erwähnt, müssen wegen des absoluten Primats der Politik im kommunistischen Zeitalter über fast alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

Belange auch die heutigen Reformen in Ostmitteleuropa (leider) von der Politik ausgehen. Gerade auch die Erfahrungen mit der Eingliederung der DDR zeigen, wie entscheidend die schnelle Herausbildung einer demokratisch und marktwirtschaftlich orientierten Führungsschicht, der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und der Transfer von Fachpersonal für den Umbau einer totalitären Ordnung sind.



Auch die amerikanische Hilfe nach dem 2. Weltkrieg für die junge Bundesrepublik bestand ja nicht nur aus dem Marshall-Plan sondern auch in der „Umerziehung“ der fehlgeleiteten Deutschen und dem Import demokratischer und pluralistischer Institutionen und Verhaltensregeln. Es darf daher gefragt werden, inwieweit der überwiegende Charakter der westlichen Hilfen für die vorrangigen Aufgaben des politischen Umbaus in den Reformländern Ostmitteleuropas ausreicht oder die gesellschaftliche Neuformierung nicht deutlich um zusätzliche Maßnahmen der zugegeben schwieriger umsetzbaren, administrativen und auf die Menschen zugeschnittenen Hilfen erweitert werden sollte?

Ob nun von der Privatisierung, der Liberalisierung des Unterrichts, dem Zurückdrängen der Funktionärskaste, dem Aufbau eines modernen Finanz- und eines sozialen Sicherungssystems, der Verbesserung der Infrastruktur,

dem Umweltschutz oder der Konversion der Rüstungsindustrie die Rede ist – alles hängt weitgehend von der Erzielung eines politischen Grundkonsenses, der Verabschiedung neuer und guter Gesetze und von ihrer Anwendung durch die Ministerien ab. Konkret heißt dies, daß der Erfolg der Reformen weitgehend vom Funktionieren von Führung in Parlament und Regierung, den nachgeordneten Verwaltungen, den Kommunen, noch nicht privatisierten Staatsbetrieben und – wichtiger Punkt in einer jungen Demokratie – in den Redaktionen der großen Medien abhängig ist.

Gerade das Funktionieren dieser Organe ist jedoch zur Zeit in Frage gestellt und die Erklärung dafür ist einfach: es gibt ein riesiges Qualifikationsdefizit in der neuen, reformerischen Elite, da das kommunistische Bildungssystem durch seine ideologische Einseitigkeit gewisse im Reformprozeß außergewöhnlich wichtige Disziplinen, wie z.B. Ökonomie im westlichen Sinne oder gar Politologie, unterdrückt hat. Betrachten wir eine dieser Disziplinen, die **Rechtswissenschaft**, etwas ausführlicher.

Daß die Verabschiedung, Anwendung und gerichtliche Kontrolle neuer Gesetze ohne Juristen kaum denkbar ist, braucht nicht belegt zu werden; es ist jedoch fraglich, ob Absolventen einer marxistischen Rechtsfakultät dazu imstande sind. Denn erstens achteten die Kommunisten darauf, daß es in den Reihen der potentiell staatsgefährdenden Juristen fast nur Parteimitglieder oder, im günstigsten Falle, Unkritische gab, so daß heute an der Loyalität vieler Juristen dem neuen System gegenüber gezweifelt werden muß.

Zweitens könnenn auch jene Juristen, die im Herzen mit dem alten System nie einverstanden waren, sich den Folgen einer totalitären Ausbildung nicht entziehen, so daß sie bei ihren Tätigkeiten der kommunistischen Logik gemäß handeln, auch wenn sie es nicht wollen: zu wissen, was nicht getan werden darf, ist ja etwas anderes, als zu wissen, was man tun soll.

Drittens ist, unabhängig von ihrer Qualität, die Zahl der Juristen sehr beschränkt, und zwar nicht nur, weil im Totalitarismus die Rolle von Gerichten als Teil der Exekutive beschränkt war, sondern auch, weil der Ideologie gemäß, das Recht im Kommunismus allmählich absterben sollte.

„Alte Strukturen“ entfernen

Hunger nach westlichen juristischen Kenntnissen gibt es schon, vor allem bei der jüngeren Generation, aber ihn zu stillen ist sehr schwierig, zum Teil wegen der mangelhaften Sprachkenntnisse, aber vor allem wegen der katastrophalen Situation an den Rechts-Fakultäten. Die meisten Professoren, verantwortlich für Vorlesungen und Lehrbücher, gehören zur Zeit immer noch den „alten Strukturen“ an, nicht nur, weil sie schwer zu entfernen sind, sondern auch, weil bis vor kurzem Nicht-Kommunisten kaum promovieren konnten, so daß Nachfolger kaum vorhanden sind, und weil die Gehälter so niedrig sind (ein Dozent an der Prager Karlsuniversität verdient etwa 275,- DM pro Monat), daß andere – eingeschlossenen prinzipiell rückkehrwillige Emigranten – lieber anderswo arbeiten.

In der Politik behilft man sich inzwischen mit allerlei Notlösungen. So ist zum Beispiel der wichtigste juristische Berater der Fraktion des Wahlsiegers Klaus im tschechischen Parlament ein Naturwissenschaftler, dessen Steckepferd seit vielen Jahren zufällig das Recht Österreich-Ungarns gewesen ist. Ein weiterer „Jurist“ innerhalb dieser Fraktion ist sogar Atomphysiker. Es ist aber klar, daß die Zahl solcher Laienjuristen ziemlich beschränkt ist, und daß bessere Lösungen not tun.

Die Fragmentation und Paralyse der politischen Szene in Polen, wo ein ehemaliger Chauffeur Spitzenberater des Präsidenten ist, das Hin und Her der Reformen in der GUS, wo eine riesige Bürokratie die Entwicklungen verzögert, das Festhalten an der Macht der Post-Kommunisten in Rumänien, wo der Totalitarismus und deshalb auch der Mangel an nicht-kommunistischen Gebildeten am schlimmsten waren – alle diese Beispiele unterstützen die These, daß alle Reformen letztlich in der Politik wurzeln müssen, und daß in Osteuropa die „Staatskunst“ vor allem durch den Mangel an (nicht-kommunistischen) Juristen, Ökonomen und anderen Verwaltungsexperten behindert wird.

Die Folgen dieses Mangels hindern bei der Planung, gesetzlichen Verabschiedung und, vor allem, praktischen Ausführung der Reformen, Investitionshemmnisse sind nur eine Folge, jedoch die Effektivität des gesamten politischen Reformprozesses wird vom

Mangel an Personen und Kenntnissen gefährdet. Der schnelle Verschleiß der östlichen Politiker, der mittlerweile fast zu einem völligen Verschwinden der Reformelite nicht nur in Ostdeutschland geführt hat, sind das offensichtlichste Kennzeichen dieser Überforderung.

Entwicklung einer stabilen Demokratie

Nun ist es natürlich nicht so, daß damit vorgeschlagen wird, der Westen solle versuchen, direkt in die Politik der osteuropäischen Staaten einzugreifen: dies würde den KSZE-Prinzipien widersprechen und politisch weder realistisch noch in der bereits seit 40 Jahren psychopolitisch verbogenen Bevölkerung des Ostens hinnehmbar. Wir haben jedoch gesehen, daß ähnlich wie den wirtschaftlichen Schwierigkeiten politische Probleme zugrunde liegen, die politischen Probleme aus Mangel an Kenntnissen und Fähigkeiten erklärlich erscheinen, ein Bereich, in dem der Westen direkt, effektiv, schnell und mit vollem Recht eingreifen könnte.

Die Kenntnisse, an denen es im Osten am meisten mangelt, d.h. besonders juristische, ökonomische, politische und sprachliche Kenntnisse, gibt es im Westen im Überfluß, und wenn die Hilfe stärker auf diese Gebiete zielte, würde der Westen der Entwicklung von stabil wachsenden mittel- und osteuropäischen Demokratien einen großen Dienst erweisen. In diesem Rahmen könnte es vor allem um Zusammenarbeit zwischen bestimmten nicht-kommerziellen Institutionen im Westen und ähnlichen Institutionen in einem osteuropäischen Staat gehen, die Finanzierung der Zusammenarbeit von Universitäten, Forschungsinstituten, Parlamenten, Ministerien und nachgeordneten Behörden, Regionen und Gemeinden, Sprachschulen sowie Herausgebern von Lehrbüchern insbesondere in den Sozial und Sprachwissenschaften. Wenn ein größerer Teil der westlichen Hilfe solchen Projekten zugute käme, würde die Hilfe wahrscheinlich mehr als jetzt dem wichtigsten Bedürfnis Ostmitteleuropas, der Entwicklung einer stabilen Demokratie, entsprechen.

Ein zusätzlicher Vorteil einer solchen Erweiterung der westlichen Hilfe gemäß den östlichen Bedürfnissen bildet die Tatsache, daß diese Art von Hilfe nicht sehr teuer sein muß: der Austausch von Lehrern, Dozenten,

Wissenschaftlern, Schülern und Studenten, die Spende von Büchern und technischen Geräten brauchen nicht viel zu kosten, besonders, wenn sie über Universitäten und andere nicht-kommerzielle Institutionen geleitet werden. Als Beispiel könnten dabei verschiedene Programme der EG dienen, auch solche, die speziell für Osteuropa entworfen worden sind, wie z.B. TEMPUS, ACE (Wirtschaftswissenschaften), OUVERTÜRE (Städtepartnerschaften) und das neue wissenschaftliche und technologische Kooperationsprogramm mit Ostmitteleuropa.

Kulturelle und geistige Annäherung

Besonders die deutschsprachigen Länder sollten bei solchen Projekten eine prominente Rolle spielen, weil Deutsch dort die am meisten verbreitete Fremdsprache ist und diese Stellung auch weiterhin behalten wird. So wählten 1992 fast 50% der tschechischen Schüler Deutsch und nur 30% Englisch als erste Fremdsprache. Ein deutsch-tschechisches Jugendwerk nach dem Muster dessen mit Frankreich und Polen ist ohnehin überfällig!

Der tschechoslowakische Präsident Havel hat neulich in einer Rede von den historischen Beziehungen seines Landes zu den anderen Staaten Europas gesprochen. Er erinnerte daran, daß das Land oft als eine Brücke zwischen Ost und West betrachtet worden ist. Eine Brücke impliziert aber einen Bach, einen Fluß oder ein Tal, das zwei Ufer voneinander trennt. Im neuen Europa sollten solche Trennungen für immer aufgehoben werden: falls kein Wasser mehr zwischen den Europäern fließt, verschwinden aber die Ufer, und Brücken werden nicht mehr nötig sein. So sollten seiner Meinung nach die künftigen Beziehungen des Landes zu seinen Nachbarn sein.

Es ist jedoch kaum vorstellbar, daß solche Beziehungen ohne ständige kulturelle und geistige Annäherung verwirklicht werden können. Juristische, ökonomische, geschichtliche, sprachliche – kurz: intellektuelle – Hilfen sind dafür unabdingbar. Mehr noch als wirtschaftliche!

Ann.: Dr. Gerhard Sabathil vertritt die Europäische Gemeinschaft in Prag und ist Mitglied des Bundesfachausschusses Europapolitik der CDU. Er gibt hier seine persönliche Meinung wieder.

Westdeutsche Kirchen erleben die größte Austrittswelle der Nachkriegszeit

Hannover – Die Volkskirchen in der alten Bundesrepublik erleben derzeit die größte Austrittswelle der Nachkriegszeit. In einzelnen Regionen wurden 1991 Steigerungsraten von über 100 Prozent gegenüber dem Vorjahr registriert. Die Abkehr von der Kirche betrifft Katholiken wie Protestanten gleichermaßen. In der Regel liegt der Anstieg in den katholischen Bistümern und evangelischen Landeskirchen nach bisher vorliegenden Zahlen zwischen 50 und 60 Prozent. Knapp ein Prozent der rund 25 Millionen evangelischen Kirchenmitglieder Westdeutschlands hat ihrer Kirche den Rücken gekehrt. Hochgerechnet bedeuteten etwa 250.000 Austritte bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Kirchensteueraufkommen von etwa 270 DM pro Jahr finanzielle Einbußen von jährlich über 67 Millionen DM für die 17 westdeutschen Landeskirchen. In den neuen Bundesländern liegen noch keine Kirchenstatistiken vor. Als ein Auslöser für die Austrittswelle wird von beiden Konfessionen die Einführung des Solidaritätszuschlags im Juli vorigen Jahres angeführt. Offensichtlich haben zahlrei-

che Bürger durch die Einsparung von Kirchensteuern die Belastung aufheben wollen.

Die Leiterin der Statistikstelle im EKD-Kirchenamt, Oberkirchenrätin Christiane Kayser (Hannover), erklärte gegenüber *idea*, zu einem großen Teil handele es sich bei den Ausgetretenen um gut verdienende junge Akademiker. Sie hätten meist nur geringe emotionale oder geistige Bindungen an die Kirche. Der Leiter der Studien- und Planungsgruppe der EKD, Oberkirchenrat Rüdiger Schloz, sieht keinen Grund zur Dramatisierung der Austrittswelle. Die Abkehr von der Kirche müsse als ein Prozeß gesehen werden, der bereits 1919 eingesetzt habe. Auch in den dreißiger und späten sechziger Jahren habe es Austrittswellen gegeben. Generell lockerten sich die Bindungen an gesellschaftliche Institutionen. Dies betreffe auch den Staat, die Parteien und die Gewerkschaften. Teilweise verstärkten evangelische Pfarrer diesen Loyalitätsverlust, indem sie selbst häufig Kritik an der eigenen Kirche übten.

(aus: *idea*)

„Perspektiven christlicher Erziehung im vereinigten Deutschland“

Berlin. „Perspektiven christlicher Erziehung im vereinigten Deutschland“ war das Thema einer Podiumsdiskussion des Arbeitskreises Berlin-Brandenburg in Zusammenarbeit mit dem „Büro für demokratische Jugendarbeit“ und dem „christlich demokratischen Kinder- und Jugendverband Frischluft“ am 5. Mai 1992. Es ergab sich aber im Verlauf der Veranstaltung erwartungsgemäß eine Einnengung auf ein grundsätzliches Gespräch über den Religionsunterricht (RU). Dabei kam kurz, aber heftig, auch das sog. Brandenburger Modell (Dreigliederung eines Pflichtunterrichtsfaches in Lebenskunde/Religion/Ethik) zur Sprache, das von den Anwesenden fast ausnahmslos abgelehnt wurde; besonders wandte sich Dr. **Roland Sessner**, MdL, dagegen.

Nach einer kurzen Eröffnung durch den EAK-Landesvorsitzenden Dr. **Eberhard Engler**, MdA, referierte einleitend von der Berliner Schulverwaltung Staatssekretär **Günter Bock** (CDU). Zunächst wies er auf die Berliner Sondersituation hin (so auch in Bremen), daß er auf der RU noch aufgrund von Besatzungsrechten kein ordentliches Lehrfach ist. – Politische Mehrheiten zur Veränderung des Status haben sich bisher nicht finden lassen! – Er rief dazu auf, dennoch die missionarische Chance – gerade angesichts der Erfolge des Freidenkerverbandes – zu nutzen und argumentierte so weniger zurückhaltend als die anderen Teilnehmer für den RU: Für Wertevermittlung, Ethik, Sozialkunde allein brauche man den RU nicht. Jener müsse sich auf sein ureigenstes Anliegen besinnen und Glaubensunterweisung bieten. Das fehle gerade und würde mithelfen, Schüler lebensfähig zu machen, der Neigung der Gesellschaft zur Entsolidarisierung, Enthemmung und Entchristlichung zu entgegenen.

Eine ähnliche Auffassung vertrat Ministerin a.D. **Cordula Schubert**; der RU könne Zeitprobleme wie Antisemitismus und Gewalt lösen helfen. Es gehe aber nicht um Ideologieaustausch, so Dr. **Johannes Brune**, Leiter des kath. Bildungswerkes Berlin, sondern

um Vermenschlichung in der Schule und um Entscheidungshilfe, so daß der RU lediglich Angebot, aber kein missionarisches Betätigungsfeld sein könne. Oberkonsistorialrat (OKR) i.R. Dr. **Klaus Hansel** wies besonders auf die notwendige Sprachfähigkeit hin; jeder müsse wissen, worüber der Christ spreche. OKR **Gerhard Zeitz** sprach sich für die ev. Landeskirche für eine zunächst dreijährige Erprobung eines Brandenburger Modells bei klarer Abgrenzung und einem Berliner Wahlpflichtfach aus. Für beides müssen aber noch Religionslehrer ausgebildet und enorme Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Die Moderation der lebhaften und dennoch außerordentlich sachlichen Diskussion übernahm die Vorsitzende des Berliner Elternvereins **Charlotte Wegener**, MdA.

Ralph Schöne

Auftrag der CDU

Montabaur. Zur Vortragsveranstaltung unter dem Titel: „Der geschichtliche Auftrag der Union“ konnte Dr. **Heinz-J. Fiesbach**, Vorsitzender des EAK-Westerwaldkreis den Ehrenvorsitzenden der CDU West-erwald, Herrn MdB a.D. **August Hanz**, gewinnen.

Beginnend bei den schrecklichen Erfahrungen im Nationalsozialismus wies der Referent darauf hin, daß die Union als Bündnis bewußter katholischer und evangelischer Christen nach dem 2. Weltkrieg einen unersetzbaren Beitrag zur Entwicklung des freiheitlichen sozialen Rechtsstaates in den letzten 40 Jahren geleistet habe.

Die Zukunft Deutschlands und Europas hänge entscheidend davon ab, inwieweit das christliche Menschenbild in der Politik prägend bleibe. Hier kämen noch große Herausforderungen auf die Union zu, die nur in der Verantwortung vor Gott und im Festhalten an den christlichen Grundwerten gemeistert werden können. Das C im Namen der Union müsse als Chance, allerdings auch als Verpflichtung begriffen werden und schließe opportunistisches Taktieren in der Tagespolitik und Anpassung an den Zeitgeist im negativen Sinne aus.

Fragen zur Situation der Aussiedler im wiedervereinigten Deutschland

Auskünfte gab Dr. **Horst Waffenschmidt** MdB, Parl. Staatssekretär im Bundesinnenministerium und Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen. Die Journalistenrunde und die Reporter des Rundfunks bekamen so die Möglichkeit, sich über die Problematik aus erster Hand zu informieren.

Gastgeber Dr. **Hans Horn** MdL, Vorsitzender des EAK-Bezirksverbandes Bergisches Land, leitete in die Problematik ein und Dr. Waffenschmidt berichtete über die Situation in den verschiedenen Ostblockländern.



von links: Udo Neblung, Dr. Jürgen Lichtenberg, Dr. Hans Horn, Dr. Horst Waffenschmidt, Klaus Gericke, Ernst Landgrebe. Im Vordergrund Pressevertreter.

Jahrestagung des EAK Ostwestfalen/Lippe Das „C“ in der Politik

Herford. Der EAK/Ostwestfalen-Lippe hatte auf seiner Jahrestagung zwei Männer zu Gast, die beide in der Grundsatzkommission ihrer Parteien sitzen: den Parlamentarischen Staatssekretär im Justizministerium und Vorsitzenden der Grundsatzkommission der CDU **Dr. Reinhard Göhner** und den Professor für Ev. Sozialethik **Günther Brakelmann** von der SPD. Dr. Göhner referierte über „Das 'C' als Maßstab unserer Politik“, Professor Brakelmann befragte anschließend seine Ausführungen. Göhner stellte die Frage nach den Maßstäben einer auseinanderdriftenden Gesellschaft. Seiner Meinung nach sei das „C“ mehr gefragt denn je. Nur vom christlichen Glauben

„Die soziale Infrastruktur, die wirtschaftliche Situation vor Ort in der GUS und den anderen Staaten Ost- und Südosteuropas bestimmen maßgebend den Wunsch nach Ausreise in die Bundesrepublik oder den Verbleib in ihrer Heimat. Etwa 4 Millionen Deutsche, die dort leben, sind ein wichtiger gesellschaftlicher Faktor für die Gastländer, und die Bundesregierung setzt sich dafür ein, möglichst vielen den Verbleib in ihrer Heimat zu ermöglichen. Sie sollen dort mithelfen beim Aufbau einer freiheitlichen Demokratie und einer sozialen Marktwirtschaft“, so Dr. Horst Waffenschmidt. Er betont, daß die Bundesrepublik dies in diesem Jahr mit 180 Millionen DM unterstützt.

her ließe sich ein freiheitliches Verständnis vom Menschen begründen. Es sei oberste Aufgabe christlich-demokratischer Politik, für die Würde des Menschen einzutreten, gleich ob er krank, behindert, alt oder gesund sei, ob es sich um geborenes oder ungeborenes Leben handle. Der Mensch verdanke sich nicht selbst, Leben sei Geschenk Gottes, das es zu bewahren gelte. Durch die Bindung an Gott werde der Mensch ermutigt zum Handeln in der Welt, wisse aber gleichzeitig um die Grenzen des Machbaren, um seine letzte Verantwortung vor Gott. Deshalb habe sich die Grundsatzkommission dafür entschieden, zusätzlich zu Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit den Grundwert der Gleichheit anzufügen. Mit Gleichheit sei die gleiche Würde aller Menschen vor Gott gemeint. Menschenwürde ohne Gottesbeziehung werde abhän-

gig von der Anerkennung durch Staat und Gesellschaft und damit verfügbar. Das 'C' sei für die CDU eine hochgelegte Maßlatte, ein Stachel im Fleisch einer bürgerlichen Partei der Mitte.

Brakelmann stellte in seiner Gegenrede eine große Übereinstimmung bei den Grundwerten fest. Unsere Demokratie habe nur so lange Bestand, als dieser Konsens über die Grundwerte vorhanden sei. So dürften die Grundgesetzartikel 1 – 20 nicht zur Debatte stehen. Das Grundgesetz sei der große Kompromiß der Weltanschauungen, den es zu bewahren gelte. Bei den Menschenrechten sind ihm drei Aspekte wichtig: 1. die bürgerlich-personalen Menschenrechte, 2. die sozialen Menschenrechte, 3. die partizipativen Menschenrechte. Es gelte, diese Grundrechte auch in die Praxis umzusetzen. Eine christliche Ethik, christliche Maßstäbe könne es letztlich nur als Antwort auf die Rechtfertigung, also als Antwort auf Christus geben. Es gehe darum, immer wieder sein Gewissen neu ausrichten zu lassen; denn die Bibel sei kein Rezeptbuch. Ein christliches Gewissen sei immer ein angeschlagenes Gewissen. Könne aber eine solche Einsicht Einfluß finden im Programm einer politischen Partei? Parteien könnten nicht zuständig sein für Moral. Hier läge die Aufgabe der Kirchen, den einzelnen in die Verantwortung vor Gott zu rufen, damit er barmherzig, liberal und tolerant sein könne. Die Kultur gelte es zu bewahren, um eine solidarische Demokratie zu gestalten.

„Gemeinwohl und Eigennutz“ - Die Diskussion geht weiter

Neumünster. Der Evangelische Arbeitskreis Schleswig-Holstein diskutierte in einer Tagung in Neumünster die Wirtschaftsdenkschrift der EKD vom Oktober 1991. Nach Einführung in das Thema durch **Pastor Kruse** („Kirche in der Arbeitswelt“, Hamburg) entwickelte sich eine sehr lebhafteste Debatte. Zahlreiche Aussagen der Denkschrift – die Betonung des Leistungsgedankens, die Anerkennung des Zusammenhanges zwischen gesamtwirtschaftlichem Leistungsvermögen und sozialen Leistungen, die Bejahung der unternehmerischen Eigenverantwortung –

spiegeln eine realistische Sicht der sozialen Marktwirtschaft und sind als Fortschritt gegenüber anderen kirchlichen Äußerungen positiv zu würdigen. Als Schwäche erscheint die Tatsache, daß zentrale Leitbegriffe wie Gemeinwohl, Armut o. a. in der Denkschrift überprüft und ohne nähere Erläuterung den Überlegungen zugrundegelegt werden. Der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises **Dr. Ulrich Mann** unterstrich in seiner Zusammenfassung: Im Gegensatz zum real existierenden Sozialismus hat sich die soziale Marktwirtschaft nie als Heilslehre verstanden; deshalb sollte man sie weder jetzt noch künftig mit idealen Anforderungen befrachten, die sie nicht erfüllen wird und nicht erfüllen kann. Auch nach dem Zusammenbruch des Sozialismus bleibt der Systemvergleich zwischen Sozialismus und sozialer Marktwirtschaft wichtig. Er zeigt, daß Schwächen und Gefahren, die der sozialen Marktwirtschaft angelastet werden, tatsächlich nicht systemimmanent sind, sondern in Wahrheit systemunabhängig eine Anfrage an den Menschen selber und die ethischen Grundlagen seines Handelns darstellen.

Christsein und Politik ist für den Christen unteilbar verknüpft.

Waldeck-Frankenberg/Korbach. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Waldeck-Frankenberg hat bei seiner Jahreshauptversammlung den Arolser Rechtsanwalt und Landrat a. D. **Dr. Günter Wetteke** für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter werden künftig die CDU-Fraktionsvorsitzende im Kreistag, Studiendirektorin **Irene Pilger** (Korbach) und Pfarrer **Alfred Jung**, Vöhl-Überburg, sein. Zum Schriftführer wählte die Versammlung Rektor a.D. **Ernst Ebel** (Frankenberg). Als Beisitzer fungieren künftig **Frank Bötzes** (Arolsen), **Helmut Nürnberg** (Korbach) und **Wilhelm Weinreich** (Gemünden).

Im Anschluß an die Wahlen referierte der Marburger Landtagsabgeordnete und frühere Hessische Kultusminister **Dr. Christian Wagner** zum Thema „Christ und Politik“.

„Die Menschen haben genug, wovon sie leben können, aber es

– 17. Theologisches Abendgespräch des EAK in Baden –

Thema: „Reich Gottes auf Erden? Die christliche Hoffnung und die Zukunftserwartungen des Sozialismus“

Termin: Mittwoch, 23.09.1992, 19.30 Uhr

Ort: Wohnstift Karlsruhe-Rüppurr, Erlenweg 2

Referent: Dr. jur. Wolfgang Böhme, Karlsruhe Pfarrer u. Akademiedirektor i.R.

fehlt vielen das, wofür sie leben können“, erklärte Dr. Wagner und forderte dazu auf, einer Materialisierung des Lebens Einhalt zu gebieten. Die Bibel eigne sich nicht als „Handbuch für politische Tagesfragen“ und die Bergpredigt werde hier besonders gerne mißbraucht. Die Würde des Menschen sei aus der Bibel klar abzuleiten, aber wer etwa die Regelungen des Grundgesetzes zum Länderfinanzausgleich mit Bibelversen begründen wolle, gehe damit zu weit.

Dekan Prof. Dr. **Fritz Krotz** (Korbach) forderte die Politiker dazu auf, mehr Mut dazu zu haben, auch unpopuläre und unbequeme Wahrheiten zu sagen. Dadurch werde die Politik glaubwürdiger.

Scientology-Church mit Mafia-Methoden

Marburg. Als kriminell, faschistoid, diktatorisch und gemeingefährlich stuft die Landesvorsitzende des Arbeitskreises Christlich-Demokratischer Lehrer, **Hans-Jürgen Irmer** (Wetzlar) die „Scientology Church“ bei einer Informationsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) und der Jungen Union (JU) ein. Anhand von zahlreichen Belegen wurde deutlich, in welchem Umfang die Scientology-Organisation mit Tarnorganisationen und Tarnfirmen in allen Bereichen der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Polizei, der Behörden und der Bundeswehr einzudringen sucht. Am Fall eines der Scientology-Organisation angehörenden CDU-Ortsvorsitzenden in Wetzlar wies er nach, daß die Scientologen auch die politischen Parteien zu unterwandern versuchen.

Irmer hatte die Bundesvorsitzende der Schutzgemeinschaft „Robin Direkt“ der Scientology-Geschädigten, **Renate Hartwig**, mitgebracht, die die mafia-ähnlichen Methoden der Scientologen mit erschütternden Beispielen belegte. Daraus ging hervor, daß die Scientology Church keineswegs eine „Kirche“ ist und auch nicht als „Sekte“ einzustufen ist, sondern ein Wirtschaftssyndikat darstellt, das auf Weltbeherrschung abzielt.

Die Vorgehensweise der Organisation reiche an die Art einer kriminellen Vereinigung heran und habe – so der EAK-Kreisvorsitzende **Dr. Gottfried Mehnert** – nichts mit Kirche oder Religion zu tun. Der Rechtsstaat und die Politik seien durch diese Organisation herausgefordert. Die Zugehörigkeit zur Scientology Church wurde als unvereinbar mit der CDU-Mitgliedschaft angesehen.

Informationen über Polen, den „Nachbarn im Osten“

Augsburg. **Wolfgang Vogelsang** von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in München sprach beim Evangelischen Arbeitskreis Augsburg-Land und -Stadt über das Thema „Polen – unser Nachbar im Osten“. Nach einem geschichtlichen Überblick ging er auf die gegenwärtige Lage ein.

Die Diskussion unter **Franz Schmitt** vom Kulturpolitischen Arbeitskreis der CSU brachte Zweifel mancher Schlesier und Polen-Reisenden, ob sich der Nationalstaat einfach ins „Europa der Regionen“ integrieren lasse. Eine Versöhnung stellt niemand in Frage.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Peter Hintze, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Aus dem Inhalt:

Von Wuppertal nach Wittenberg	1
Entwicklung in der Heimat statt Asyl in der Fremde	2
Die Parteien in der freiheitlichen Bürgergesellschaft	3
Die europäische Idee – Fundament unserer Zukunft	5
Die Europäische Gemeinschaft und die Kirche	7
Europa braucht den moralischen Wiederaufbau	10
Die EG und Ostmitteleuropa	11
Kurz notiert	13

Unsere Autoren:

Generalsekretär
Peter Hintze MdB
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1

Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1

Bundesministerin
Dr. Angela Merkel MdB
Kennedyallee 105-107
5300 Bonn 2

Oberkirchenrat
Joachim Kiderlen
Boulevard Charlemagne 28
B 1040 Brüssel

Parl. Staatssekretär
Horst Waffenschmidt MdB
Graurheindorfer Str. 198
5300 Bonn 1

Dr. Gerhard Sabathil
92, ave. Bois Soleil
B 1950 Kraainem

100% Altpapier
chlorfrei hergestellt

Gott in der Landesverfassung

Am 15. Juli 1992 verabschiedete der Landtag von Sachsen-Anhalt mit großer Mehrheit die Landesverfassung.

Zu den Streitpunkten des vorgelegten Entwurfes gehörte eine Formulierung der Präambel und die Regelung zum Religions- und Ethikunterricht.

Präambel: „In freier Selbstbestimmung gibt sich das Volk von Sachsen-Anhalt diese Verfassung. Dies geschieht in Achtung der Verantwortung vor Gott und im Bewußtsein der Verantwortung vor den Menschen mit dem Willen, ...“

Art. 27 Abs. 3: „Ethikunterricht und Religionsunterricht sind an den Schulen mit Ausnahme der bekenntnisgebundenen und bekenntnisfreien Schulen ordentliche Lehrfächer. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt.“

In seiner Rede bei der 3. Lesung der Verfassung argumentierte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Christoph Bergner** hierzu wie folgt: Wir stehen in der Tradition des Grundgesetzes, wir haben unsere eigenen Erfahrungen und Prägungen einfließen lassen, aber wir bekennen uns auch zur **Wertorientierung** des Grundgesetzes und wollen, daß auch unsere Landesverfassung hierzu Aussagen trifft.

Die Verfasser des Grundgesetzes haben sich dazu bekannt, der Bundesrepublik Deutschland eine Grundordnung im **Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen** zu geben.

Bei der Formulierung der Präambel unseres Verfassungsentwurfes wurde besonders an dieser Stelle die Spannung zwischen dem herrschenden Zeitgeist und dem Wertekontext des Grundgesetzes deutlich.

Die CDU-Fraktion hat sich nachdrücklich dafür eingesetzt, den doppelten Verantwortungsbezug – Gott und Mitmenschen – zu erhalten. Die Formulierung selbst mußte im Ergebnis längerer Diskussionen aktualisiert werden.

Ein „Bewußtsein der Verantwortung vor Gott“ ist nicht mehr Allgemeingut dieser Gesellschaft und war deshalb auch dem Landtag als verfassungsgebender Versammlung zu unselbstverständlich, um in dieser Form in die Präambel aufgenommen zu werden.

Wir wenden uns allerdings nachdrücklich gegen angebotene Ersatzformulierungen, die oft gerade deshalb oberflächlich werden weil sie in krampfhafter Weise den Begriff „Gott“ zu vermeiden suchen. In einer Zeit, in der intimste menschliche Lebensbereiche in den Medien öffentlich verhandelt und dargestellt werden, wird ein Begriff tabuisiert, der fast die gesamte menschliche Kulturgeschichte gerägt hat.

In der Formulierung, auf die sich der Verfassungsausschuß nun geeinigt hat, können sich alle wiederfinden: „In Achtung der Verantwortung vor Gott und im Bewußtsein der Verantwortung vor den Menschen“. Innerhalb einer pluralen und säkularen Gesellschaft widmen wir in unserer Präambel denen Aufmerksamkeit und Respekt, die die Beweggründe ihres Handelns aus der Verantwortung vor Gott schöpfen.

Wenn das so ist, wenn religiöse Wertungs- und Handlungsmotive zum wertvollen Bestandteil auch der säkularen Gesellschaft gehören, so ist es im durchaus aufgeklärten Sinne vernünftig, die schulische Wertezziehung nicht staatlich zu monopolisieren, sondern eine dungsmitverantwortung der Kirchen zu ermöglichen.

Deshalb sollte man auch bei der Frage des Ethik- und Religionsunterrichtes den Regelungsrahmen des Grundgesetzes nicht verlassen. Die in Artikel 27 Absatz 3 gefundene Formulierung ist die moderne Fassung eines Kompromisses zwischen staatlicher und kirchlicher Zuständigkeit für Schule, der älter ist als das Grundgesetz, der aber dort, wo er wirken konnte, zur Pluralisierung schulischer Wertezziehung beigetragen hat.

Es geht der CDU-Fraktion also nicht um eine Klerikalisierung der Gesellschaft. Wer die häufig betonte Distanz namhafter Kirchenvertreter gegenüber unserer Partei kennt, wird schwerlich behaupten können, wir sollten auf weltanschaulichen Wegen politisches Terrain gewinnen.

Wichtige Quellen der Wertsetzung und Wertfindung in unserer Gesellschaft sollen nicht leichtfertig verschüttet werden. Da es offensichtlich nicht leicht ist, die Kraft und den Mut zu finden, um in dieser Frage gegen den Strom des Zeitgesetzes zu schwimmen, hatten wir hinsichtlich des Verantwortungsbezuges in der Präambel und bei der Festschreibung des Ethik- und Religionsunterrichtes unser Veto für den Fall angekündigt, daß es zu einer Abweichung vom Text der Beschlußempfehlung kommt.